Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1927

37 (14.2.1927)

Visual Library

Nr. 37 Karlsruhe, Montag den 14. Februar 1927 47. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Mußestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbmonatl. 1.15 ℳ mit, 1 ℳ ohne Zustellung. Einzelpreis 10 ₰, Sonntags 15 ₰. — Anzeigen: die einsp. Kolonelzeile 28 ₰, Reklame 1 ℳ. Annahmeschluß 8 Uhr vorm. Postscheck. Karlsruhe 2650.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Manifest gegen Kriegsgefahr und Faschismus

Tagung der sozialistischen Internationale

Berlin, 14. Febr. (Funkdienst.) Das Exekutivkomitee der sozialistischen Internationale hat am Sonntag seine Arbeiten beendet. Da auf Antrag der französischen Delegation auf die Tagesordnung auch die Debatte über die Abrüstungskonferenz gesetzt worden war, wurde die Sitzung bis in die späten Abendstunden hinein verlegt. Im Verlaufe der Morgensitzung wurde die Diskussion vom Vortage über den Faschismus wieder aufgenommen. Von verschiedenen Delegationen wurden interessante Erklärungen über die Möglichkeit der Entwicklung des Faschismus in ihren Ländern abgegeben. Auf Vorschlag des russischen Delegierten Abramowitsch und eines Delegierten von Georgien wurde beschlossen, der Resolution über den Faschismus einen Abschnitt über die Grausamkeiten in Rußland und Georgien hinzuzufügen.

Die Kommission von 6 Mitgliedern, die beauftragt war, eine Entschließung auszuarbeiten, in welcher die Debatte über die Wirren in China zusammengefaßt werden, legte dem Kongreß am Sonntag ein Manifest vor, in dem auf die verschiedenen Kriegsgefahren hingewiesen wird, die gegenwärtig am politischen Horizont der Welt schweben und denen man die Aktionsmöglichkeiten des Sozialismus entgegensetzen müsse.

In ganz besonderer Weise wird der amerikanische Imperialismus und die Kriegsgefahr gebrandmarkt, die er in sich birgt. Der amerikanische Imperialismus heißt es in dem Manifest, der gestern sich noch zugunsten der Völkerrechte ausgesprochen hatte, bekämpfte heute in seiner Sucht nach dem mexikanischen Petroleum die Unabhängigkeit des mexikanischen Volkes und organisiert methodisch Aufstände gegen die mexikanische Arbeiterregierung. Gleichzeitig greift er mit Gewalt in die inneren Kämpfe der Republiken Zentralamerikas ein. Das Manifest fordert alle mexikanischen Sozialisten und die Sozialisten aller Länder auf, gegen diesen amerikanischen Imperialismus zu protestieren. Abschließend verlangt das Manifest die Zusammenarbeit der gesamten sozialistischen Presse aller Länder und den Kampf gegen den italienischen Faschismus, sowie gegen seine Vasallen in Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Die Sozialisten werden aufgefordert, alle demokratischen Regierungen zu zwingen, soweit als möglich vom Völkerbund zu verlangen, ebenfalls gegen diese Kriegsgefahr zu protestieren.

Der französische Delegierte Renaudel forderte dann, daß der Kongreß eine Erklärung zu der von Colidge vorgeschlagenen Abrüstungskonferenz abgibt, und vor allen Dingen feststellt, daß eine solche Konferenz die Billigung der Sozialistischen Internationale nicht finden könne. Der französische Delegierte vertrat den Standpunkt, daß die Abrüstung zur See nicht von der Abrüstung zu Lande getrennt werden könne und Amerika, welches sich geweigert habe, an den Arbeiten des Völkerbundes teilzunemen, nicht auf die Unterstützung der Völker rechnen dürfe, die Vertrauen zu Genf haben und überzeugt sind, daß der Genfer Bund den Völkerfrieden durchsetzen wird. Im übrigen sei es nicht das Recht einer einzigen Großmacht, über die Freiheit der Meere zu verfügen, die alle Nationen ohne Ausnahme interessieren. Die französische Delegation unterstützte diesen Vorschlag Renaudels, dem sich auch die belgische Delegation anschloß. Die englische Delegation dagegen betonte, daß sie keinerlei Auftrag hätte, an der Diskussion über diese Frage teilzunehmen, da diese Frage nicht auf der Tagesordnung stehe.

Am Schluß der Tagung gab der deutsche Delegierte Wels einen Bericht über die Zusammenhänge zwischen der deutschen Reichswehr und Sowjetrußland. Er erinnerte an die Erklärungen Scheidemanns im Reichstag und legte dem Kongreß die Photographie eines Telegramms vor, aus dem hervorgeht, daß die Reichswehr 50 000 Dollar bei einem amerikanischen Bankier zur Zahlung von den in Rußland für Konto der Reichswehr hergestellten Munition und Waffen überwiesen habe. Das Telegramm, ebenso andere Dokumente des deutschen Delegierten, wurden vom Kongreß mit Interesse aufgenommen. Er beschloß, die Dokumente in zwei Broschüren in deutscher und französischer Sprache zu veröffentlichen, um so die Doppelzüngigkeit der Politik Sowjetrußlands zu brandmarken.

Sozialdemokratische Wahlsiege in Oberschlesien

Ratibor, 14. Febr. Bei den gestrigen Gemeinde- und Kreisratswahlen in Oberschlesien erhielten in Ratibor-Stadt die Demokraten 1 Mandat (bisher 2 Mandate), Polnisch-katholische Volkspartei 1 (2), Nationalsozialistische Arbeiterpartei 1 (2), Sozialdemokratie 3 (1), Beamte 2 (0), Kommunisten 3 (4), Arbeit und Wirtschaft 6 (0), Arbeitnehmer 1 (2), Deutschnationale 7 (9), Zentrum 18 (15). Beuthen-Stadt: Mieterpartei 2 (2), Sozialdemokratie 5 (1), Deutschsoz. 1 (5), Demokraten 2 (4), Polnisch-katholische Volkspartei 2 (3), Beamte und Angestellte 2 (2), Beuthen-West 1 (0), Deutschnationale 6 (2), Kommunisten 8 (3), Wirtschaftspartei 2 (2), Deutsche Volkspartei 1 (1), Zentrum 15 (17). Gleiwitz-Stadt: Zentrum 20 (15), Sozialdemokratie 3 (1), Mieterschutzpartei 9 (6), Polnisch-katholische Volkspartei 1 (0), Demokraten 1 (2), Kommunisten 7 (9), Ordnungspartei 1 (3), National-völkisch-christlich-soziale Freiheitsbewegung 0 (2), Deutschnationale 5 (5), Deutsche Volkspartei 1 (2). Hindenburg: Sozialdemokratie 7 (2), Poln.-kath. Volkspartei 2 (1), Nationalsoziale 1 (1), Deutsche Volkspartei und Deutschnationale 7 (3), Kommunisten 11 (16), Demokraten 1 (1), Mittelstandspartei 4 (6), Flüchtlinge 1 (0), Arbeitsgemeinschaft von Wirtschaftsverbänden 2 (0), Zentrum 13 (7), Mieterschutzverein 2 (10).

Breslau, 14. Februar. (Funkdienst.) In einer Reihe von Städten und Landkreisen des deutsch-oberschlesischen Industriegebietes fanden am Sonntag Neuwahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen statt, die durch die kürzlich vom preußischen Landtag vorgenommenen Eingemeindungen und Kreisumteilungen notwendig geworden waren. Besonders heftig wurde das Stadtparlament der jetzt größten oberschlesischen Stadt **Hindenburg** umstritten, wo alle wichtigsten Posten des Magistrats, die Aemter der Oberbürgermeister, der zweiten Bürgermeister und die Aemter mehrerer Stadträte neuzubesetzen waren. Auch in Beuthen, Gleiwitz und Ratibor sowie in den beteiligten Landkreisen hatte die örtliche Wahlbeteiligung in den letzten Wochen fast jedes andere politische Interesse zurückgedrängt. Während das **Zentrum** sich auf dem Lande ungeachtet des Bürgerblocks im Reiche in erster Linie gegen die Deutschnationalen Wandte, die in Oberschlesien jeder Erweiterung der vom Zentrum erstrebten Provinzialselbstverwaltung gegenüberstehen, wurde in den Städten der Kampf in den letzten Tagen auch von den als Republikaner auftretenden oberschlesischen Zentrumsleuten stark gegen links zugespitzt. So fuhr z. B. in Hindenburg am Sonntag ein Agitationswagen des Zentrums herum, der die Riesenaufschrift trug: **„Die Kirche brennt! Wählt keine Sozialdemokraten und Kommunisten!“**

Die Opfer der Revolution in Portugal

Paris, 13. Febr. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in Lissabon gibt die Zahl der bei den revolutionären Unruhen in Lissabon und Porto festgestellten Opfer wie folgt an: 230 Tote und 600 Verwundete.

Regierungsbildung in Thüringen

Weimar, 14. Febr. (Funkdienst.) Die Verhandlungen über die künftige thüringische Regierung sind in den letzten Tagen besonders von rechts weitergeführt worden. Alle Bemühungen des Ordnungsbundes gipfeln darin, zu den 27 Abgeordneten der Einheitsliste, der Antisemiten und der Wirtschaftspartei noch den Sparer und die beiden Demokraten zu gewinnen, um von den 56 Abgeordneten die Mehrheit zu erhalten. Dabei hat man dem Sparer, dem früheren Staatsminister Tell das Finanzministerium angeboten, ist aber mit diesem Vorschlag abgefallen. Die Demokraten will man jetzt dadurch zu sich herüberziehen, daß man ihnen das Justizministerium aushändigt und zwar ist dem Oberbürgermeister von Arnstadt, Bielefeld, dieses Amt bereits angeboten worden. Als Innenminister ist in dieser Regierung ein Deutschnationaler vorgesehen. Eine Festlegung der beiden Demokraten auf diese Kombination des Ordnungsblocks ist bisher keineswegs erfolgt. Man scheint sich aber unter der Hand der Zustimmung des Herrn Bielefeld versichert zu haben und will nun im Landtag eine Liste präsentieren, in der Hoffnung, daß die Demokraten darauf eingehen.

Die demokratischen Mitglieder im Lande treten bereits mit Entschiedenheit gegen die Auslieferung des Innenministeriums an die Deutschnationalen auf. Dagegen scheint sich die unter Führung eines Herrn Gerstenhauer von Berlin aus dirigierte **Wirtschaftspartei** mit der geplanten Kombination einverstanden erklärt zu haben. Gerstenhauer soll im gegebenen Falle das Wirtschaftsministerium erhalten.

Hoffähiger Monarchismus in Deutschland

Graf Westarp verhöhnt die Republik und die jetzige Regierung

Schneidemühl, 14. Febr. Vor dem Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei, Landesverband Grenzmark Posen—Westpreußen, hielt Graf Westarp eine längere politische Rede, in welcher er auf die **Bildung der neuen Regierung** einging und zur **Außenpolitik** ausführte: Die Verträge von Locarno, Genf und Thoiry seien **gegen den Willen der Deutschnationalen** abgeschlossen worden, die von **ihrer Kritik nichts preisgeben** würden. Durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund seien aber vollendete Tatsachen geschaffen worden, und die **Deutschnationalen** müßten auf die **Durchführung** dieser Politik von Locarno und Genf Einfluß gewinnen. Durch Locarno seien wir nicht weitergekommen; aber trotzdem scheuten sich die Deutschnationalen nicht, die Verantwortung zu übernehmen. Bezüglich des **Ostens** sagte Graf Westarp, die Ostgrenze sei nicht gleich der Westgrenze garantiert und werde **nicht garantiert** werden dürfen. Der Korridor und die Teilung Oberschlesiens seien unmöglich. Die Aufgabe, die **Reichswehr** zu schützen, habe die Deutschnationalen mitveranlaßt, in die Regierung einzutreten. Durch ihren **Eintritt in die Regierung ohne Preisgabe ihrer inneren Ueberzeugung von der Staatsform sei die monarchistische Bewegung gewissermaßen in der Republik hoffähig geworden.**

Der Block des Großkapitals

Wirtschaftsvertrustung, Bürgerblock, Arbeiterschaft

Der **Block der Rechtsparteien**, der jetzt die neue Regierung Marx gebildet hat und unterstützt, vertritt in seinem politischen Programm eine Reihe von schönen Forderungen. Man redet viel von Volksgemeinschaft, vom Christentum, von sozialem Mitgefühl und ähnlichen Dingen. Sieht man sich den Block näher daraufhin an, **welche Kreise** hinter ihm stehen, so sind es zum **allergeringsten Teil Arbeiter**, die sich ihrer Stellung als eigene Klasse in der modernen Wirtschaft bewußt sind. Wohl verdankt eine große Zahl von Abgeordneten der Deutschnationalen, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei ihre Mandate der Tatsache, daß viele Arbeiterwähler sich für die Industriellen und Großagrarier **einfangen** ließen — ganz abgesehen von dem sogenannten Mittelstand, der noch immer nicht erkennen will, wie sehr er mit der Arbeiterklasse auf Gedeih und Verderben verknüpft ist. Aber unter den Arbeitern, die den bürgerlichen Parteien Gefolgschaft geleistet haben, **gärt** es bereits stark, wie wir aus dem Munde christlich-nationaler Gewerkschaftler es bis zum Ueberdruß gehört haben.

Tatsächlich sind die Rechtsblockparteien die Sachwalter der großkapitalistischen Interessen in Industrie und Landwirtschaft.

Bei den Deutschnationalen gibt der unter Führung des Großgrundbesitzes führende **Reichslandbund** den Ton an. Die Deutsche Volkspartei bezeichnet sich als die Partei der **Industriellen**. Diese beiden haben dem Zentrum das Diktat aufgezwungen, sich an einer Rechtsregierung zu beteiligen, und gerade im Zentrum ist der Zwiespalt und die Unsicherheit über die Aussichten und Erfolge der noch jungen Regierung am allergrößten. Denn früher oder später werden seine Arbeiterwähler merken, daß diese Partei des religiös eingestellten katholischen Volksteils sich mit seiner Zustimmung zur Rechtsregierung in den Dienst **einseitiger kapitalistischer Interessen** gestellt hat. Ein großer Teil von Führern dieser Partei, besonders der gewerkschaftlich geschulten Organisatoren weiß, worum es geht: **Der Rechtsblock ist — darüber können keine noch so hochtönenden Redensarten hinwegtäuschen — der Block der Besitzenden zur Sicherung und Steigerung der Bodenrente und des Kapitalprofits.**

Diese Sicherung der **Besitzenden gegen** die breiten **Massen der Besitzlosen** erschien den Schöpfern des Bürgerblocks im gegenwärtigen Zeitpunkt notwendiger als je. Ein Millionenheer von **Arbeitslosen** staut sich vor den Arbeitsnachweisen, ruft nach dem ihm in der Verfassung versprochnen Recht auf Arbeit und Brot. Die glücklicheren Arbeitnehmer, die auch in der Zeit der **Krise** ihre Beschäftigung erhalten haben, sehen von der wachsenden Teuerung und von der Mietpreissteigerung ihr Recht auf einen angemessenen Reallohn gefährdet. Der ständig wachsende Unwille der Massen mußte sich früher oder später in **politischen Entscheidungen** von großer Tragweite zum Nachteil des Besitzes äußern, wenn eine unter Mitverantwortung der Arbeiterschaft waltende Regierung das Staatsgeschick zu leiten hatte. Mit jedem Tage, den die unerhörte Wirtschaftskrise weiter dauert, wachsen diese Ansprüche der breiten Massen. Man verlangt den **vollen Ertrag** der Arbeit. Und mit Recht: **denn es ist ein unerhörter Zustand, daß die Industrie Millionen auf Millionen verdient, indem sie ihre Produktionskosten durch die Rationalisierung herabsetzt, während gleichzeitig die breiten Massen des Volkes nicht ausreichend entlohnt werden, um das Notwendigste zu ihrem Lebensunterhalt** und den bescheidensten Anteil der modernen Zivilisation **bestreiten zu können**, während gleichzeitig Millionen von Menschen unbeschäftigt bleiben, weil die übrigen arbeitenden Volksgenossen nicht genug kaufen können.

Die Kapitalkonzentration in der Industrie. Als Karl Marx vor fast acht Jahrzehnten zum erstenmal auf das automatische, immer stärker hervortretende Anwachsen der Kapitalmacht hinwies und mit den der kapitalistischen Wirtschaft innewohnenden **Gesetzen** begründete, da gab es viele Gelehrte und noch mehr Laien, die der neuen Lehre kopfschüttelnd und ablehnend gegenüberstanden. Es wollte ihnen einfach nicht in den Kopf, daß der arbeitswillige Mensch in dem hochentwickelten Organismus der kapitalistischen Wirtschaft eine **andere Rolle** spiele als der Nutznießer der Kapitalrente. Jeder Tüchtige hatte nach ihrer Meinung die Bahn zu seinem Erfolge frei.

Heute ist es das Statistische Reichsamt, das uns sagt, **wie recht** Karl Marx gehabt hatte. Staunend steht der Arbeiter vor den gewaltigen Komplexen von Betrieben, in denen er seinen Lohn verdient. Man glaubt meistens, daß irgendeine **Hand eines führenden Menschen** diesen Betrieb beherrsche und in Ordnung halte. In Wirklichkeit ist es anders. **Mehr als die Hälfte der größeren deutschen Unternehmungen — wenn man ihre Kapitalmacht ins Auge faßt —, nahezu zwei Drittel unterstehen heute nicht mehr der Führung eines einzelnen,**

Noch vor wenigen Jahrzehnten war der Generaldirektor sozusagen Angestellter seiner Aktionäre. Heute ist der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft in Betrieben beschäftigt, die durch die Zusammenballung des Kapitals miteinander verfippt, von **einander abhängig** sind. Nicht nur der Generaldirektor ist Angestellter des Betriebes, sondern der Betrieb selbst ist nur ein Glied, ein Räderwerk in dem Getriebe von Kräften, die der einzelne meistens nicht kennt und deren Erfolgsmaßstab der Profit, die Dividende, der Gewinn ist. **65,1 Prozent des deutschen Aktienkapitals wird so verwaltet.** Nur der Gewinn

entscheidet. Ob gleichzeitig Hunderttausende vor den Toren der Fabrikbetriebe stehen und nach Arbeit suchen, ob die im Betriebe beschäftigten Arbeiter einen auskömmlichen Lohn beziehen, alles das sind Fragen zweiten und dritten Ranges. Das Kapital verlangt seinen Zins, der Aktionär seine Dividende. Das Volk, die lebende Arbeitskraft, ist nur Werkzeug, nur Mittel zur Erzielung dieses Profits.

Die Statistik, der wir diese interessanten Tatsachen verdanken, ist soeben dem Reichstag als Denkschrift über Konzerne Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich Ende 1926 vorgelegt werden, der vor etwa zwei Jahren eine derartige Untersuchung gefordert hatte. Die Aufstellung umfaßt nur die in **Aktiengesellschaften** organisierten Unternehmungen, weil nur diese genau kontrolliert werden können. In der umfangreichen Schilderung der einzelnen Konzerne konnte ferner der Besitz der Kapitalgruppen an anderen Unternehmungen gewürdigt werden. Auch die Statistik der Aktiengesellschaften hat den Mangel, der sich bei einer gegenseitigen Verschachtelung der einzelnen Unternehmungen zwangsläufig ergab. Eine Zahl von Gesellschaften ist nämlich nur Verwalter des Aktienkapitals anderer Unternehmungen. Aber selbst wenn man diese Unzulänglichkeiten der Statistik berücksichtigt, ergeben sich ungeheuer interssante Aufschlüsse.

In der statistischen Uebersicht sind gezählt 12 392 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 20,3 Milliarden Mark. **Allein die beiden Riesentrusts der deutschen Industrie, der Kali- und Chemietrust, also nur zwei der 12 392 Unternehmungen, verfügen über fast 2 Milliarden Mark, also ein Zehntel des ganzen verantwortlichen Gesellschaftskapitals.** Ganz deutlich zeigt es sich, daß die Zusammenschlüsse und Interessenverkoppelung am stärksten bei denjenigen Betrieben sind, die infolge der technischen Organisation am meisten zum Großbetrieb neigen. Besonders treten hier die Rohstoffindustrien hervor. Von den Aktiengesellschaften des Kohlenbergbaues sind nur noch knapp 10 Prozent, von der des Braunkohlenbergbaues knapp 5,5 Prozent noch als **selbständige** Gesellschaften anzusprechen. Alle übrigen sind konzernmäßig gebunden. Ausschließlich von Konzernunternehmungen beherrscht wird die Kaliindustrie. Aber auch die mächtig emporgestiegene **chemische Industrie ist bereits zu 82,7 Prozent ihrer größeren Betriebe konzernmäßig zusammengefaßt.** Bei der **Farbenindustrie** spielt die Einzelunternehmung fast gar keine Rolle mehr, denn hier sind von 81 Aktiengesellschaften mit 1147 Millionen Mark Kapital allein neun Gesellschaften, die ein Aktienkapital von 1103 Millionen Mark verwalten, konzernmäßig gebunden, so daß **nicht weniger als 96,3 Prozent der chemischen Aktiengesellschaften nicht mehr als selbständig angesprochen werden können.**

Minder stark zu Konzernen verbunden sind die Betriebe der eigentlichen **verarbeitenden Industrie,** am wenigsten die Holzindustrie; aber auch in der Metallindustrie, im Maschinen- und Apparatebau ist der Anteil der selbständigen Betriebe größer als in der sogenannten Schwerindustrie. Dagegen ist wieder **die elektrotechnische Industrie eine Domäne des Konzernbetriebes.** Hier sind **86,9 Prozent** des erfaßten Aktienkapitals oder 63 Gesellschaften mit 585 Millionen Mark Kapital in gegenseitiger Abhängigkeit von einander oder in der Abhängigkeit von einzelnen wenigen Kapitalgruppen. Bei den **Banken** ist etwa ein Viertel der Betriebe, immer wenn man ihre Kapitalgröße berücksichtigt, noch als selbständig anzusprechen. Das restliche Viertel gehört den Konzernen.

So ergibt sich ein Gesamtbild, das wir bereits andeuteten. Von den 20,3 Milliarden Mark Aktienkapital, die von der Statistik beleuchtet werden und die sich auf 12 392 Betriebe verteilen, sind **rund zwei Drittel** des Kapitals in demjenigen Sechstel der Betriebe, das zu Konzernen gehört.

Aber selbst die sehr weitgehende Darstellung der Denkschrift zeigt nur einige Fäden auf, durch die der kapitalistische Block zusammengehalten wird. Konzerne, Trusts und Interessengemeinschaften sind nur ein Teil der Mittel zur Beherrschung der Industrie. Weitere Mittel stehen den Banken als **Kreditgeber,** den Kartellen als Preisgeber zu Verfügung. **Im Grunde sind es ganz wenige Menschen, die heute wirklich noch die Wirtschaft dirigieren und dazu den gewaltigen Apparat der Konzerne und Einzelgesellschaften benutzen.** Zeigen schon die unzulänglichen Aufstellungen des Statistischen Reichsamts, wie eng die Interessenverkoppelung der einzelnen Betriebe und Gesellschaften geworden ist, so wird das noch klarer erkennbar, wenn man die anderen Machtmittel berücksichtigt.

Begünstigt durch Krieg und Inflation hat sich das Großkapital zu einem einheitlichen Block zusammengeschweißt, der als geschlossene Macht der Arbeiterschaft gegenübersteht. Es entspricht dieser ökonomischen Entwicklung, daß der größte Teil des Bürgertums die Interessenverbindungen dieses Block und die ihnen nahestehenden Interessen der Großlandwirtschaft ihrem politischen Herrschaftswillen dienstbar machte, dem Block des Kapitals und der Wirtschaft steht der Rechtsblock der Regierung zur Seite. Wenn je, so muß jetzt die Masse der Hand- und Kopfarbeiter einsehen, daß sie ihre eigenen Interessen gegenüber diesem Block nur wahren kann, wenn sie sich zu ebenso festgefügten und kampfbereiten Organisationen zusammenschließt.

Schwere Zuchthausstrafen für Landesverrat

Leipzig, 11. Febr. (Eig. Bericht.) Die Reichswehrsoldaten Heinrich Böhmann, Willy Michel und Jak. Gutl vom Artillerieregiment 9 aus Ludwigsburg, alles Leute im Alter von 22 bis 24 Jahren, hatten sich am Freitag wegen Verrats militärischer Geheimnisse und versuchter Spionage vor dem 5. Straffenat des Reichsgerichts zu verantworten. Böhmann hatte vor seinem Eintritt in die Reichswehr mit einem französischen Offizier in Griesheim in Verbindung gestanden, der ihn veranlaßte, Nachrichten über die Reichswehr zu übermitteln. Besonders wollte das französische Spionagebüro erfahren, ob in dem betreffenden Regiment Zeitfreiwillige eingestellt wurden und welche Geschützmodelle der Truppenteil hatte. Böhmann beauftragte Michel, dem französischen Nachrichtenbüro einiges Material auszuhändigen. Michel erhielt hierfür 50 M. Diesen Betrag teilten sie sich gemeinsam zu dreien. Auch Gutl war von dieser Sache verständigt worden. Das Gericht verurteilte die jungen Leute, obwohl sie eingestanden, daß sie in jugendlichem Leichtsinn gehandelt hätten, zu schweren Zuchthausstrafen. Böhmann erhielt wegen Spionage 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Michel **5 Jahre Zuchthaus,** 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht und Gutl wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse **1 Jahr 6 Monate Zuchthaus,** 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Alle drei Angeklagte wurden aus dem Heere entfernt.

Härteausgleich in den besetzten Gebieten

In der Freitagsitzung des **Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete** erklärte der Reichskommissar in Koblenz, Frhr. Langwerth v. Simmern, daß er auf seinem Posten **im Geiste der Locarnopolitik** für die Erleichterung der Lage der besetzten Gebiete wirke. Er setze seine ganze Persönlichkeit ein, um die Klagen der Bevölkerung der besetzten Rheinlande entgegenzunehmen und ihnen nachzugehen. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete teilte dann auf Anfrage mit, daß bis zum 31. Oktober 1926 insgesamt **9000 Anträge zum Härteausgleich** gestellt worden sind. Von ihnen sind bis zum 5. Februar 1927 bereits 6339 erledigt gewesen. Zur Erledigung kommen ungefähr noch 1500 Anträge, die zum Teil noch bei den Feststellungsbehörden, Handelskammern usw. in Arbeit sind. Für die erledigten 6339 Anträge sind 7 400 000 M aufgewendet worden. Von den 1500 noch zu erledigenden Anträgen werden voraussichtlich 600 durch Bewilligung von Mitteln entschieden werden. Heute gehen noch täglich 30 bis 40 Anträge ein, die jedoch wegen Fristversäumnis abgelehnt werden müssen.

In der Aussprache stellte Abg. Kirschmann (Soz.) fest, daß die Unzufriedenheit wegen der Art der Erledigung der Entschädigungsanträge groß sei. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses stimmten für den Antrag aller Parteien auf Bereitstellung einer weiteren Million zur Erledigung der Anträge, sie behielten sich aber vor, im Haushaltsausschuß noch weitere Wünsche zu äußern. Es sei unerträglich, bei den kleinen Leuten gar zu kleinlich zu verfahren, während man den Großindustriellen gegenüber sehr „liberal" verfahren sei.

Der **Antrag auf Bewilligung von einer Million** für die Schlußabwicklung des Härteausgleichs wurde einstimmig **angenommen.** Ferner stimmte der Ausschuß noch zwei Anträgen zu, durch die die Reichsregierung ersucht wird, auf die Hauptverwaltung der Reichseisenbahn dahin einzuwirken, daß von der beabsichtigten Entlassung von Eisenbahnarbeitern im besetzten Gebiet Abstand genommen wird.

„Widerwärtig," sagte der Wolf, als man ihn des Schafspelzes entkleidete, „mit welchen Mitteln der Gegner mich bekämpft!"

Finanzminister Dr. Köhler und die Steuerbeamten

Berlin, 13. Febr. Im preußischen Landtag fand heute in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Köhler die **Einigungstagung der Reichssteuerbeamten** statt, in der die Verschmelzung der deutschen Finanzbeamtengewerkschaft und des Bundes oberer Reichssteuerbeamter mit dem Bunde Deutscher Reichssteuerbeamten zu einem einheitlichen „Bund Deutscher Reichssteuerbeamten" vollzogen wurde. Im Verlaufe der Tagung ergriff Reichsfinanzminister Dr. Köhler das Wort und führte u. a. aus: **Unsere Finanzämter stehen tatsächlich vor dem Zusammenbruch.** So wie in den letzten Jahren kann es nicht mehr weitergehen. Was wir heute **Veranlagung** nennen, **ist gar keine Veranlagung mehr,** sondern nur **Terminarbeit.** Es ist lediglich eine Forderung der Gerechtigkeit, daß endlich einmal in die Veranlagung und die Steuererhebung die **Ordnung** einkehrt, die das deutsche Volk verlangen kann. Dr. Köhler kündigte schon für die nächsten Tage entsprechende Maßnahmen an und fuhr dann fort: Die **Sperrung der Beamtenlaufbahn muß aufhören,** weil man sich dadurch jedes tüchtigen Nachwuchses beraubt. Man muß wieder **qualifizierte Anwärter** aufnehmen. Für die nächsten Jahre können wir **kein einziges neues Steuergesetz** mehr brauchen, sondern wir werden an einige Vereinfachungen unserer Steuergesetzgebung denken müssen. Unsere Beamtenschaft, so schloß der Minister, gebe ich die Zusage, daß ich alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um ihre materielle und rechtliche Lage zu bessern. Einmalige Beihilfen sind verfehlt. Man muß endlich zu der erforderlichen Besoldungsreform kommen. Auch das Beamtengesetz muß sobald wie möglich erledigt werden. Die Tagung nahm noch eine Entschließung an, in der der Bundesvorstand aufgefordert wird, sich für eine Besoldungserhöhung und für eine Neugestaltung der Besoldungsordnung einzusetzen.

Einmütigkeit in der Leitung des Zentrums

Berlin, 13. Febr. Der **Parteiausschuß der Zentrumspartei** hielt am Sonntag im Reichstag eine Sitzung ab, die außerordentlich stark aus allen Teilen des Reiches besucht war und die mehr als 5 Stunden dauerte. Den **Vorsitz** führte **Reichskanzler Dr. Marx.** U. a. waren erschienen Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns,** Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** und zahlreiche Ministerpräsidenten der Länder. Nach eingehender Aussprache wurde unter starkem Beifall einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Der heute in Berlin tagende Reichsparteiausschuß des deutschen Zentrums **billigt die Politik der Zentrumsfraktion** des Reichstags und spricht ihr das **Vertrauen** aus. Reichskanzler a. D. Dr. **Wirth,** der den Verhandlungen beigewohnt hatte, **verließ** während der Abstimmung den Saal.

Reichskonferenz des Reichsbanners

Magdeburg, 13. Febr. Heute fand eine **Reichskonferenz des Reichsbanners** statt, an der der gesamte Bundesvorstand und Vertretungen aller 32 Gauvorstände teilnahmen. Die Konferenz beschäftigte sich ausführlich mit der durch die Bildung einer Rechtsregierung geschaffenen **politischen Lage** und faßte nach einem Referat des Oberpräsidenten **Hörsing** folgende **Entschließung:**

„Das Reichsbanner hat seit seinem Bestehen seine ganze Kraft darauf gerichtet, die deutsche Republik vor jeder Umsturzgefahr und jeder inneren Aushöhlung zu bewahren. Die Reichskonferenz stellt mit **Bedauern** fest, daß die letzten Reichstagswahlen keine Mehrheit für eine rein republikanische Reichsregierung gebracht und daß die Kommunisten immer wieder gemeinsam mit der äußersten Rechten die republikanische Front zu schwächen sich bemüht haben. Eine Reichstagsauflösung war leider nicht zu erzielen, und so entstand schließlich eine politische Lage, die zur Bildung der jetzigen Reichsregierung führte. **Das Reichsbanner steht dieser Reichsregierung, in der die Rechtsparteien die Mehrheit haben, in der sich sogar ein Herr v. Keudell befindet, mit großer Sorge und schärfstem Mißtrauen gegenüber.** Wir werden jede Handlung dieser Regierung, die der Republik abträglich sein könnte, mit Sachlichkeit und aller Schärfe bekämpfen.

Wir fordern von allen Kameraden unseres Bundes, daß sie mit aller Kraft diejenigen Parteien, deren Führer und Parlamentarier, auf welchen Posten sie auch gestellt sein mögen, unterstützen in der Abwendung aller der Republik drohenden Gefahren. Deutlicher denn je zeigt sich die **Notwendigkeit eines starken und geschlossenen Reichsbanners.** An der Größe, der Kraft und Geschlossenheit des Reichsbanners wird jeder Angriff auf die deutsche Republik zerschellen."

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Sitzung des demokrat. Parteivorstandes

Berlin, 12. Febr. Der **Parteivorstand der Demokraten** trat am Samstag nachmittag zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen. Wie das VDZ.-Büro hört, wurde in der Aussprache von allen Rednern die **Genugtuung** über das **Verhalten der demokratischen Reichstagsfraktion** während der letzten **Regierungsbildung** zum Ausdruck gebracht und das Vorgehen der Reichstagsfraktion gebilligt. Die Aussprache beschäftigte sich ferner besonders mit **kulturpolitischen** Fragen sowie mit der Frage des **Einheitsstaates;** auch organisatorische Fragen wurden eingehend behandelt.

Von den Wirtschaftskämpfen

Schiedsspruch in der sächsischen Metallindustrie

Dresden, 13. Febr. Gestern nachmittag fanden im sächsischen Arbeitsministerium unter dem Vorsitz des Landesschlichters, Oberregierungsrat Brand, Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Metallindustrie statt. Der in später Abendstunde gefällte **Schiedsspruch** geht dahin, daß für jede Stunde, die über die 48 Stundenwoche hinausgeht, zehn Prozent Zuschlag zu zahlen sind. Die **Arbeitgeber** sind berechtigt, von Montag bis Freitag je eine **Ueberstunde** anzusetzen, ohne daß der Betriebsrat sein Einverständnis dazu geben muß. Für diese eine Ueberstunde sind ebenfalls 10 Prozent Zuschlag zu zahlen. Der Schiedsspruch, von dem die gesamte sächsische Metallindustrie mit rund 150 000 Arbeitern betroffen wird, hat bis zum 31. März 1928 Gültigkeit.

Vermischtes

Aufklärung eines dreifachen Mordes

Berlin, 12. Febr. Unter dem dringenden Verdacht des dreifachen Mordes auf Schloß Hangwitz bei Namiest, dem der Domänendirektor Till, seine Gattin und die Hausgehilfin zum Opfer fielen, wurden der B. Z. zufolge der Guisekretär Gustav Woytech, der Forstbeamte Adam und seine drei Töchter verhaftet.

Mädchenmord

Berlin, 13. Febr. In der vergangenen Nacht wurde in Pankow von Passanten vor einem Hause ein junges Mädchen **schwer verletzt** aufgefunden. Die Verletzte, die vor dem Eintreffen ärztlicher Hilfe **verschied,** wurde als das hier bei einem Major beschäftigte Dienstmädchen Keding aus Rostock identifiziert. Die Ermittlungen der Polizei ergaben zweifelsfrei, daß das Mädchen **ermordet** worden ist. In der Nähe des Fundortes wurde später eine Kofferhandtasche aus dem Eigentum der Toten aufgefunden, was vermuten läßt, daß sie auch beraubt worden ist. Der nach Argentinien ausgewanderte Verlobte der Keding hatte ihr, nach der Aufforderung, ihr zu folgen, Geld zur Bezahlung der Pässe übersandt. Ob sie schon im Besitze des Reisegeldes selbst war, ist noch nicht festgestellt.

Mord und Selbstmord

Wie die „Münch. N. Nachr." berichten, wurde in **Göggingen** bei Augsburg eine **furchtbare Schreckenstat** verübt. Ein verheirateter Gastwirt holte sein uneheliches Kind von der Schule ab und brachte es in die Wohnung der Mutter des Kindes, die mit dem Korbmacher Hämmerle verheiratet ist. In Abwesenheit der Eltern schnitt er **seinem Kinde den Kopf ab und tötete sich dann selbst.** Der Grund zu der Mordtat ist darin zu suchen, daß die Eheleute Hämmerle den Gastwirt zur Zahlung von **rückständigen Alimenten** drängten und die Frau des Gastwirtes ihrem Manne **schwere Vorwürfe** machte.

Schwere Autounfälle

Zusammenstoß zwischen Zug und Auto

Stettin, 13. Febr. Der von Swinemünde kommende Personenzug 546 überfuhr heute abend gegen 8 Uhr kurz vor der Station Altdamm an einer unbewachten Ueberfahrt ein von Stuthof kommendes Auto, das dem Autofuhrbesitzer Loebeck aus Altdamm gehörte. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Der Fahrgast, eine bisher unbekannt gebliebene Frau, wurde getötet. Der Inhaber des Autos, der steuerte, konnte sich im letzten Augenblick durch Abspringen retten.

Eschweiler, 13. Febr. Gestern durchfuhr der Lieferwagen einer Großfabrik in dem Augenblick die geschlossene Schranke der Strecke Aachen—Jülich—Gladbach, als ein Personenzug den Uebergang passierte. Das Auto wurde von der Lokomotive erfaßt und zertrümmert. Ein neben dem Fahrer sitzender 16jähriger Junge wurde sofort getötet. Der Fahrer selbst blieb unverletzt, während sein Mitfahrer starb.

Berlin, 14. Febr. Während einer Prüfungsfahrt zur Automobilschnelligkeitskonkurrenz in Malmö, die am Sonntag ausgetragen werden sollte, fuhr vorgestern ein Lincolnwagen, der von dem 18jährigen Studenten Gulbranson gesteuert wurde, gegen den Wall der Rennbahn. Der Wagen überschlug sich, wobei ein Mitfahrer regelrecht geköpft wurde. Der Lenker und zwei weitere Mitfahrer wurden schwer verletzt.

Krakau, 13. Febr. Von einem Auto, das zwei Frauen ausweichen wollte und dabei auf den Bürgersteig geriet, wurde eine Person getötet, drei andere erlitten schwere Verletzungen.

Soziales

Terror gegen Landarbeiter

Aus Kriescht im Kreise Ost-Sternberg wird ein bezeichnender Fall von **Landbundterror** mitgeteilt. Ein Landarbeiter wurde von einem Landwirt kurzerhand entlassen. Warum, sagt das Zeugnis, das folgenden Wortlaut hat:

„Hiermit bescheinige ich, daß der Arbeiter X Y vom 1. 2. 1921 bis zum 1. 2. 1927 bei mir als Deputant beschäftigt gewesen ist. Fleiß und Leistungen waren während dieser Zeit stets befriedigend. **Wegen Mangel an nationaler Gesinnung erfolgte die ordnungsgemäße Entlassung.**"

Ost-Sternberg liegt neben Königsberg-Neumark. Es ist die Gegend, aus der Herr v. Keudell stammt. Es zeigt, wie dort Deutschnationale, Landbund und Junker, was ein und dasselbe ist, **schamlosesten Terror** treiben gegen alles, was republikanisch und nicht deutschnational ist. Gegen Gleichgestellte die gesellschaftliche Feme, gegen Arbeiter die Entlassung und die Aechtung, denn auf Grund solchen Zeugnisses erhält der Terrorisierte in der ganzen Gegend keine Arbeit mehr. Ein Terrorist aus dieser Gegend aber ist Reichsinnenminister!

Landarbeiter und Arbeitslosenversicherung

In der Freitagssitzung des **Sozialpolitischen Ausschusses** wandte sich Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.) bei der Weiterberatung über den Entwurf der **Arbeitslosenversicherung** mit aller Entschiedenheit gegen die geplante **Ausschaltung eines erheblichen Teiles der Landarbeiter.** Die im § 36 vorgesehene Bestimmung, wonach die Landarbeiter, die mit Jahresverträgen angestellt sind, von der Versicherung befreit werden, hat bereits in der heutigen Erwerbslosenfürsorge die größten Mißstände, Umgehungen der Verordnung und Maßregelungen hervorgerufen. Während auf der einen Seite dauernd über die Flucht der Arbeiter vom Lande geklagt wird, will man hier ein neues Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter schaffen, ihre soziale Zurücksetzung gegenüber der Industriearbeiterschaft noch verschärfen. Gegenüber den Vorwänden der bürgerlichen Parteien stellte der sozialdemokratische Redner fest, daß die Erhaltung niedriger Landarbeiterlöhne der einzig wirkliche Grund für diese von den Großgrundbesitzern gewollte und von der Regierung vorgeschlagene Ausschaltung der Landarbeiter von der Versicherung ist. An Hand umfangreichen Zahlenmaterials widerlegt er die Behauptung, als gebe es auf dem Lande keine Arbeitslosigkeit.

Der Regierungsvertreter Geheimrat Weigert mußte bestätigen, daß die bisherige Regelung tatsächlich vielfach Scheindienstverträge veranlaßt hat. Er begründete den Regierungsstandpunkt damit, daß in manchen Fällen zu Unrecht Arbeitslosenunterstützung bezogen werden könnte. Wenn überhaupt eine Einbeziehung erfolgte, so müßte für die Landarbeiter eine **Sonderversicherung** geschaffen werden. Döbri (Dntl.) kündigte an, daß bei Einbeziehung der Landarbeiter die Großgrundbesitzer zum Winter Entlassungen in großer Zahl vornehmen würden. Behrens (Dtnl.) sprach sich für eine Sonderversicherung aus und beantragte, die Beschlußfassung vorläufig auszusetzen. Andre (Zentr.) machte sich im wesentlichen die von den **Großgrundbesitzern** vorgebrachten Gründe gegen eine Arbeitslosenversicherung der Landarbeiter zu eigen. Hoch (Soz.) verlangte eine sofortige grundsätzliche Entscheidung des Ausschusses über die Versicherungspflicht der Landarbeiter und erklärte, daß sich die Sozialdemokratie auf keinen Fall auf die von den Regierungsparteien angekündigte Verschleppung einlassen würde. Wolf (Dtnl.) sprach gegen die Versicherungspflicht der Landarbeiter. Rädel (Komm.) unterstützte den sozialdemokratischen Antrag. Er sieht in der Haltung des Zentrumsredners Andre für die Interessen der Junker die ersten Anzeichen des neuen schwarz-blauen Regierungsblocks. Molkenbauer (D.Vp.) verteidigte die Regierungsvorlage. — Die weiteren Verehandlungen wurden auf Mittwoch vertagt.

Aus dem Freistaat Baden

Badischer Landtag

Die **nächste öffentliche 15. Sitzung des Badischen Landtags** findet am Mittwoch, den 16. Februar, vormittags 9 Uhr statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Mitteilung der Eingänge. 2. Beratung des Antrags der Abg. Dr. Baumgartner und Genossen, Einsetzung eines Verfassungsausschusses (Drucksache Nr. 48) und bei Annahme des Antrags Wahl der Ausschußmitglieder. 3. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über

1. die Mitteilung des Herrn Ministers des Innern vom 3. 11. 1926, Errichtung einer Hypothekarkreditanstalt für Handel und Industrie, Berichterstatter Abg. Dr. Föhr;

2. den Antrag der Abg. Hertle u. Gen., Winzerkredite (Drucksache Nr. 16 und 16a), Berichterstatter Abg. Weißhaupt;

3. die Mitteilung des Staatsministeriums vom 10. 2. 1927, Errichtung einer Nebveredelungsanstalt in Freiburg, Berichterstatter Abg. Weißhaupt;

4. das Notgesetz vom 22. 9. 1926, Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1926 (GVBl. S. 219), Berichterstatter Abg. Eggler;

5. die Anträge der Abgeordneten: a) Dr. Mattes u. Gen., Durchführung des Reichsvermögenssteuergesetzes (Druck. Nr. 42), Berichterstatter Abg. Eggler; b) Dr. Schmitthenner und Genossen, gleichmäßige Bewertung der badischen Wirtschaft mit der anderer Länder bei der Festsetzung der Einheitswerte (Drucksache Nr. 43), und Dr. Baumgartner u. Gen., Durchführung des Reichsbewertungsgesetzes (Druchsache Nr. 44), Berichterstatter Abg. Dr. Mattes; c) Fischer-Unterlauchr. u. Gen. Errichtung einer Hufbeschlagschule in Waldshut (Druck. Nr. 39 und 39a), Berichterstatter Abg. Weißhaupt;;

6. das Verzeichnis der in der Zeit zwischen der letzten Sitzung des Landtags 1925/26 (5. August) und dem Zusammentritt des Landtags 1926/27 (23. November) erteilten Administrativkredite (Drucksache Nr. 24), Berichterstatter Abg. Rückert.

*

Richtige Bezeichnung der Postsendungen. Die Postordnung schreibt vor, daß die Aufschrift der Geschäftspapiere die Bezeichnung „Geschäftspapiere", die Aufschrift der Warenproben die Bezeichnung „Warenproben" oder „Proben" oder „Muster" und die Aufschrift der Mischsendungen die Bezeichnung „Mischsendungen" enthalten muß. Um die Unzuträglichkeiten zu vermeiden, die sich aus dem Fehlen dieser Bezeichnungen für Absender und Empfänger ergeben können, wird dringend empfohlen, die Sendungen in jedem Falle in der vorgeschriebenen Weise zu kennzeichnen.

Der Zugführer pfeift nicht mehr. Wie das „Heidelberger Tagblatt" von eisenbahnamtlicher Seite hört, wird die Abfahrtserlaubnis der Züge in nächster Zeit auch in Baden, Württemberg und Bayern so geregelt werden, wie es in Preußen schon besteht, nämlich der Zugführer gibt kein Abfahrtssignal mit der Pfeife, wie das bisher üblich war, sondern der Aufsichtsbeamte erteilt dem Lokomotivführer durch Aufheben des Befehlsstabes die Erlaubnis zur Abfahrt. Es wird sich daher die Abfahrt der Züge fortan in ruhigerer Weise vollziehen, als es bisher der Fall war.

Fraktions- und Parteidisziplin

Genosse Nr. **Remmele** sendet uns folgende Zuschrift:

Karlsruhe, 12. Februar 1927.

Werte Genossen!

Bezugnehmend auf den im „Volksfreund" in Nr. 36 vom 12. Februar ds. Js. erschienenen Artikel **„Fraktions- und Parteidisziplin"** ersuche ich um Aufnahme nachstehender **Erklärung:**

Die Zentrumspresse hat meine Ausführungen in der am 5. 1. 1927 zu Karlsruhe stattgefundenen Parteiversammlung wiederholt in einer Weise glossiert, die den sozialdemokratischen Parteiredakteuren Gelegenheit hätte geben müssen, ihrerseits darauf zu antworten, denn es standen hierbei wichtige Parteiinteressen des Landes in Frage. Es geschah dies aber nicht.

Eine gegen Ende des Monats Januar gegen mich gerichtete Zentrumskorrespondenz konnte ich nicht unbeantwortet lassen, weil in dieser mit der Erklärung: „So kann es nicht weiter gehen!" total schiefe Behauptungen verbreitet worden sind, Aus der hierauf von mir der Zentrumspresse zugestellten Erwiderung ist zu entnehmen, worum es sich im wesentlichen bei diesem Angriff handelte. Dieselbe hatte folgenden Wortlaut:

1. Die Sozialdemokratie im Reich hat sich bei der jüngsten Regierungskrise nicht von der Verantwortung gedrückt; sie war bereit, in eine Regierung der großen Koalition einzutreten. Die Deutsche Volkspartei hat es abr abgelehnt, mit der Sozialdemokratie zusammen in der Regierung zu sein. Infolgedessen mußte bekanntlich Herr Reichskanzler Marx seinen zur Bildung der Regierung erhaltenen ersten Auftrag an den Herrn Reichspräsidenten zurückgeben.

2. Ich selbst bin Anhänger der großen Koalition und begrüße das Eintreten der badischen Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für diese durchaus.

3. Meine in der Versammlung der Sozialdemokratischen Partei zu Karlsruhe ausgesprochene Ablehnung des Standpunktes der 3 badischen Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Abstimmung über den Mißtrauensantrag stützte sich auf zwei Punkte, die ich folgendermaßen präzisierte:

Die Nichtbeteiligung an der Abstimmung ist erstens im Hinblick auf die Erhaltung der Fraktionsdisziplin nicht zu billigen. Der Fall, wo Mitglieder einer Fraktion im Reichstag wie in den Landtagen aus durchaus sachlichen Motiven einer Abstimmung fernbleiben, ist keine Seltenheit und findet im algemeinen auch die Duldung der Fraktionen. Es geht aber nicht gut an, wie dies dann hierbei geschah, daß nachträglich in der Presse dieser Schritt mit dem Hinweis auf die Rücksicht gegenüber der Landespolitik begründet wird. Das war im vorliegenden Fall gar nicht nötig, weil sich, und das ist der zweite Grund meiner Haltung, Beweise genug dafür erbringen lassen, daß die in Frage stehenden Parteifreunde schon mehr als einmal ihr Verhalten im Reichstag ohne Rücksicht auf die Landespolitik einrichteten und auch einrichten mußten.

Wie der einige Monate zurückliegende Fall der Reichstagsfraktion des Zentrums, der durch das Verhalten des Abgeordneten Dr. Wirth entstand, beweist, muß eben jede Fraktion ihre Geschlossenheit zu wahren suchen. Wenn man das Auseinanderfallen der eigenen Fraktion nicht gerne sieht, dann sollte man ebenfalls ein Verständnis dafür haben, wenn eine solche Erlaubnis auch in der Sozialdemokratie seine kritische Beurteilung findet. Jedenfalls hat meine Stellung zu dieser Frage der Fraktionsdisziplin mit Radikalismus gar nichts zu tun. Es läßt sich viel eher das Gegenteil behaupten.

4. Der Einfluß des Zentrums im Innenministerium ist keineswegs geringer wie derjenige der Sozialdemokratie im Justiz- und Finanzministerium. Mit solchen Vorwürfen sollte man sparsamer umgehen; denn schließlich zieht aus ihnen die Opposition Schlußfolgerungen, die auch dem Zentrum nicht angenehm sein können.

Genosse Schöpflin macht mir nun den Vorwurf, ich hätte meine Verteidigung nicht in der „bürgerlichen Presse", wie er sagt, führen dürfen. Er weiß aber ganz genau, daß es ein alter Brauch ist, in der Zeitung, die einen Angriff führt, zu Wort zu kommen und es kann ihm auch nicht unbekannt sein, daß mich meine Stellung als Minister zwingt, in dieser Art zu verfahren.

Um mit dem Genossen Schöpflin zu sprechen, auch **ich bereue nicht,** so wie geschehen, gehandelt zu haben und ich sehe einer objektiven parteigenössischen Kritik über mein Verhalten mit aller Seelenruhe entgegen.

Remmele.

*

Die Auffassung des Genossen **Remmele,** die **Parteiredakteure** hätten die Pflicht gehabt, ihn gegen die Angriffe in der Zentrumspresse in Schutz zu nehmen, ist vollkommen **irrig.** Wenn die Zentrumspresse die im Bericht des „Volksfreund" über die Karlsruher Versammlung gekürzt wiedergegebenen Ausführungen des Genossen unrichtig auslegte und falsche Schlußfolgerungen daraus gezogen hat, so war Genosse Remmele **allein** berufen, ein Antwort zu erteilen. Nur Genosse Remmele konnte, wenn es ihm nötig und angebracht erschien, seine Ausführungen in der Karlsruher Versammlung richtig ergänzen und den Sinn und Zweck seiner Rede einwandfrei darlegen. Umsomehr konnte **nur** der Genosse Remmele das nur, wenn, wie er in der Zuschrift angibt, „wichtige Parteiinteressen des Landes in Frage" kamen. Es standen ihm dazu sechs badische Parteiorgane zur Verfügung. Es wäre nicht das mindeste dagegen einzuwenden, wenn Genosse Remmele als Parteimitglied oder als Minister der Zentrumspresse eine **Richtigstellung** zugeschickt hätte; aber **nicht angängig** ist es, daß in einer **der bürgerlichen** Presse zugesandten Richtigstellung Parteimitglieder gerügt oder kritisiert werden. Bei der verdienten großen Bedeutung, die der Genosse Remmele in der badischen Sozialdemokratie und im politischen Leben Badens besitzt, mußte seine, hinsichtlich der **Disziplin** auf völlig unrichtige Voraussetzungen beruhende **Rüge** der badischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gegen diese eine **tiefe Wirkung** auslösen. Was in Parteikreisen in der Tat auch eingetreten ist. So wie der Genosse Remmele als politische Persönlichkeit es sich schuldig ist, gegen unberechtigte Angriffe oder gegen eine unberechtigte Kritik sich zur Wehr zu setzen, so auch wir Reichstagsabgeordneten.

Im übrigen sei bemerkt, daß auch Genosse Reichstagsabgeordneter **Geck** in der Samstagsausgabe der „Volksstimme" sich in ebenfals sachlichen Darlegungen gegen den Genossen Remmele und die Freiburger „Volkswacht" wendet und nachweist, daß von einem Vergehen gegen die Disziplin nicht die Rede sein kann und daß es nicht den Gepflogenheiten in der Partei entspricht, in **bürgerlichen** Organen Rügen gegen Parteimitglieder auszuteilen.

G. Sch.

„Die Werkszeitung"

Bei der von uns schon erwähnten Tagung der Industriellen des Bodenseekreises machte ein Referent die Mitteilung, daß bereits 50 Werkzeitungen bestünden mit einer Gesamtauflage von 300 000 Stück. — Wir haben in unserem politischen Teile vor einigen Tagen schon darauf hingewiesen. Red.)

Was ist also eine Werkzeitung? Ohne weiteres kann angenommen werden, daß der oder die Unternehmer, die Direktion oder der Aufsichtsrat ihre „Werkzeitung" an die Arbeiter kostenlos verteilen lassen. In der Werkzeitung werden allwöchentlich (öfter wird keine erscheinen) alle jene Ermahnungen, Erinnerungen und Bekanntmachungen stehen, die die Direktion mitzuteilen hat: Einführung von Kurzarbeit, Aufhebung derselben, Ueberstunden usw. In Abhandlungen werden diese Einführungen begründet und schmackhaft gemacht. Und in anderen Mitteilungen und Artikeln werden Lohn-, Arbeits- und Fabrikverhältnisse anderer Betriebe erwähnt werden, die etwa noch schlechter sind als diejenigen der eigenen Fabrik.

Unnötig zu sagen, daß alle sonstigen Veröffentlichungen in der Tendenz der Unternehmer gehalten sind: in den Artikeln und selbst im literarischen Teil wird im Sinne des Wunsches der Unternehmer jener politische oder sonst tendenziöse Unterton gefunden oder hineingeschminkt, der ihnen beliebt und genehm ist. Und Märchen aus der guten alten Zeit werden vorgesetzt werden, die schildern, mit wie wenig Geld eine Arbeiterfamilie früher auskommen konnte; oder wie eine Frau, wenn sie abends totmüde aus der Fabrik kam, frisch, fromm und fröhlich die Hausarbeiten bis in die späte Nacht hinein verrichtete, um dann am andern Morgen noch frischer, frommer und fröhlicher in die Fabrik zu gehen . . .

Diese Punkte werden die Leitmotive der „Werkzeitungs"-Redakteure sein. Ganz verstohlen aber wird da und dort die **politische Richtung der Direktion** als die alleinseligmachende geschildert. Diesen Punkt wird der „Redakteur" recht wohl beachten und befolgen, denn davon hängt seine Stellung und sein Ansehen bei den Aktionären, der Direktion oder der Leitung des Unternehmens überhaupt ab. Nicht industrielle Menschenführung dürfte also die Hauptaufgabe der schon bestehenden und — in großer Zahl! — noch zu gründenden „Werkzeitungen" sein, sondern die **Führung der Arbeitnehmer im Sinne der Gesinnung der betreffenden Direktion,** sei sie nun völkisch, monarchisch, deutschnational „Volksparteilich", stahlhelmisch, religiös nach irgend einer Konfession oder wie sie sonst sein mag — nur nicht im Interesse der Arbeiter, die sie lesen sollen.

Das Schlimmste bei der Geschichte ist aber, daß der Arbeiter die „Werkzeitung" seines Betriebes lesen muß (wenigstens zum Teil) und sie nicht ablehnen kann. Erstens nicht, weil die Fabrikbekanntmachungen darin enthalten sind, die er unter allen Umständen wissen muß, und zweitens, weil ihm die Ablehnung bestimmt recht übel angekreidet würde. Er muß also die Zeitung nehmen und muß wohl oder übel hineinsehen. Dann aber ist der Schritt zum Lesen der Artikel und des literarischen Teiles nicht mehr groß und dann hat sich das angelegte Kapital in doppeltem Sinne ideell rentiert.

Warum nur die Geschäftsleitungen nicht auf den Gedanken kommen, das auszugebende Geld so anzulegen, um jedem Arbeiter **einen Zuschuß zum Abonnement der Arbeiterpresse** zu geben? Das wäre die wahre Erziehung im Arbeiterinteresse, zumal in diesen Zeitungen die Arbeiter seit Jahrzehnten (seit Kriegsende geradezu mustergiltig) erzogen werden: nicht in absolut einseitigem Mehr-Verlangen der Arbeitnehmer, sondern in hervorragend geschriebenen Aufsätzen werden hier auch die Nöte der Unternehmer gewürdigt und tausendmal schon wurde den Arbeitnehmern das Anpassen an bestehende Verhältnisse mit Erfolg empfohlen. Ohne diese vernünftige Erziehung wäre es schon oft sehr viel anders gegangen! Aber man meidet diesen Weg und wendet lieber Geld auf um die Belegschaft „industriell zu führen" im Sinne der Unternehmer.

Was ist dagegen zu tun? Nur das eine, die Werkzeitung zu nehmen, die offiziellen Bekanntmachungen zu lesen und dann **dafür zu sorgen, daß die Parteipresse von jeder Nummer ein Exemplar erhält.** Nur so wird jede Nummer der „Werkzeitung" interessant. Die **Parteipresse** als die wahre Arbeiterpresse und der wahre Führer des Arbeitnehmers, wird die „Werkzeitung" auf ihre Güte und ihren Gehalt prüfen und wird in einer neuen Rubrik „Aus den Werkzeitungen" die Spreu vom Weizen scheiden und wird den zu erwartenden Giftspritzen das Gegengift entgegensetzen: viel Spreusäcke und viel Heilserum wird nötig werden.

Zweierlei aber verlangen die neuen Werkzeitungen vom Arbeiter: die politische Reife und Aufklärung als Frucht der unermüdlichen Arbeit ihrer Presse in ihrem Interesse, und dann erst recht das Lesen eben ihrer Presse, um im Bilde zu sein was vorgeht. Trifft beides zu, dann ist keine Not; fehlt es aber an einem, dann ist Gefahr im Anzug, denn allzuleicht dürfen die Werkzeitungen nicht eingeschätzt werden.

Badene.

Ein König, der um Herabsetzung seiner Apanage ersucht, ist bisher wohl nicht dagewesen. König Christian von Dänemark hat die Regierung ersucht, sein Gehalt und das des Kronprinzen um 10 Prozent herabzusetzen. Das Bestreben, zur Stützung der dänischen Wirtschaft beizutragen, ist lobenswert; verhungern dürfte Christian X. auch bei gekürztem Gehalt nicht, da er jetzt 1 Million erhält und der Kronprinz 48 000 Kronen. Christian ist 57 Jahre alt und mit einer mecklenburgischen Prinzessin verheiratet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Kleine badische Chronik

* **Weingarten** bei Durlach. Donnerstag mittag scheute das Pferd des Wilhelm Jung vor einem Auto, ging mit dem Wagen durch, der dann an einem Schotterhaufen umschlug. Jung wurde aus dem Wagen geschleudert und geriet unter diesen, wodurch ihm das Genick abgedrückt wurde. Der Tod trat sofort ein. Der Verunglückte war jung verheiratet.

* **Pforzheim.** Donnerstag abend trank ein in der Genossenschaftsstraße wohnender 45 Jahre alter Heizer, der zur Zeit krank ist, versehentlich in der Dunkelheit aus einem falschen Fläschchen, in dem sich alter Seifenspiritus befand. Er wurde noch nachts 11 Uhr ins Städt. Krankenhaus verbracht, konnte aber trotz sofortiger angewandter Gegenmittel nicht mehr gerettet werden und starb bald darauf. Er hinterläßt Frau und zwei erwachsene Kinder.

* **Adelsheim.** Die Grippe hat in den letzten 14 Tagen in hiesiger Gegend erheblich zugenommen. Die vom Verkehr am wenigsten berührten Orte sind am meisten betroffen. In Zimmern, Oberwittstadt und Ballenberg mußten die Schulen geschlossen werden. In Ballenberg wurde durch die Grippe in sechs Fällen Lungenentzündung verursacht.

* **Erlach** (Amt Oberkirch). Der 25 Jahre alte August Panther wollte hier mit einem Flobertgewehr eine Katze schießen. Panther lauerte auf diese mit dem schußbereiten Gewehr unter dem Arme, den Lauf gegen den Oberkörper. Plötzlich entlud sich das Gewehr und traf Panther so unglücklich ins Herz, daß der Tod sofort eintrat.

* **Zell a. H.** Verhaftet und in das Amtsgefängnis Gengenbach eingeliefert wurde der frühere Zigarrenreisende August Hermann wegen Schwarzbrennerei. In einer als Badezimmer bezeichneten Küche wurde die modern eingerichtete Schwarzbrennerei entdeckt, die schon seit langer Zeit in Betrieb gewesen sein soll. Die Einrichtungsgegenstände wurden beschlagnahmt.

* **Unterharmersbach.** Der 28jährige ledige Maschinenführer August Rist von hier, bisher in der Papierfabrik in Zell a. H. beschäftigt, reiste am 7. Oktober 1926 nach Hamburg ab, um in einer Metallfabrik in Chicago eine Stelle anzutreten. Zuvor stand er mit einer Hamburger Persönlichkeit im Briefverkehr, die ihm angeblich die Schiffskarte für 800 ℳ besorgte. Ferner sandte er sein Gepäck mit 6½ Zentner Aussteuer an dieselbe voraus. Auch mußte er eine größere Waffe aus einer Fabrik anschaffen. Ueberdies nahm er 3500 ℳ Bargeld mit. Da seit seiner Ausreise jede Nachricht von ihm ausblieb, wurde nach ihm gefahndet und nun wurde festgestellt, daß er in Hamburg selbst sein Gepäck abgeholt hat. Der Name des Hamburger ist den Anhörigen nicht bekannt. Er scheint dessen Opfer in seiner großen Vertrauensseligkeit geworden zu sein.

* **Lahr.** Auf dem Wege zu einer Beerdigung erlitt der Professor am hiesigen Gymnasium, Bernhard Schüttelm, einen Herzschlag, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Professor Schüttelm erreichte nur ein Alter von 46 Jahren.

* **Villingen.** Vor kurzem war es der Villinger Polizei gelungen, einen Gauner festzunehmen, der sich erst Henry Tofselon die Guglielmettie aus Freemantle (Australien), dann Hermann Otto Rinnebach aus Berlin nannte. Nachdem es ihm anderorts gelungen war, verschiedene Behörden auf Grund gestohlener Papiere zu hintergehen, wurde er in das hiesige Amtsgefängnis gebracht. Bevor die weiteren Untersuchungen zu einem Resultat geführt hatten, ist es jedoch dem Gauner gelungen, aus dem Amtsgefängnis zu entfliehen. Wahrscheinlich wird er sich durch Bettel fortzuhelfen suchen und es wird dringend vor ihm gewarnt.

-t. **Freiburg.** **Brand in der Literarischen Anstalt.** Die Höhe des Schadens in dem von einem Brande heimgesuchten Verkaufshause Herder u. Co., auch Literarische Anstalt genannt, ist bis jetzt nicht abzuschätzen gewesen. Weniger durch die Flammen, als die das Gebäude durchziehenden Rauchschwaden haben die vielen zum Verkauf aufgestapelten Bücher gelitten; manche der literarischen Werke dürften sich für den regulären Verkauf nicht mehr eignen. Das in riesigen Mengen von der Feuerwehr eingepumpte Wasser erreichte im untersten Keller eine Höhe von über zwei Metern. Dem Druck der Wassermassen erlag die Bruchsteinmauer des Nebenkellers im Gebäude der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, auch in diesem Kellergeschoß stand das Wasser über Mannshöhe. Zum Glück sind die Fluten in der Nacht zum Freitag vollständig in den Boden versickert, wahrscheinlich in unsichtbare Schächte abgeflossen, die sich früher als gewerbliche Anlagen an dieser Stelle befunden haben sollen. — Ueber die Brandursache fehlt noch jeder Anhaltspunkt.

—t. **Freiburg.** Ein Antreiber und Geizhals. Wie der neueste Polizeibericht meldet, gelangte hier ein Bäckermeister zur Anzeige, weil er mit der Arbeitszeit schon um drei oder vier Uhr morgens beginnt und die Hausburschen über die zulässige Zeit hinaus beschäftigt. Einem der Hausburschen, einem Waisenknaben, gab er außer Kost und Wohnung bisher einen **Wochenlohn** von sage und schreibe **50 bis 60 Reichspfennigen.** Schade, daß der Name des Biedermannes in dem Polizeibericht nicht genannt ist!

* **Stockach.** Der Landwirt Gottfried Hahn von hier erlitt beim Schnapsbrennen durch heiße Maische heftige Brandwunden im Gesicht.

* **Konstanz.** Ein Rodelunglück mit ziemlich schweren Folgen ereignete sich Donnerstag abend in Emmishofen auf der steilen Straße nach Bernrain. Ein mit fünf Personen, alle aus Konstanz, besetzter Rodelschlitten, fuhr, als er einem anderen Schlitten ausweichen wollte, in voller Fahrt gegen die Mauer eines Kauses. Die Fahrer wurden herausgeschleudert und erlitten zum Teil ziemlich schwere Verletzungen. Der Führer, ein in der Moosbruggerstraße wohnhafter Glaser namens Kober und seine Frau, mußten durch das Sanitätsauto nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden, während die drei anderen Mitfahrer mit Hautabschürfungen davon kamen. Kober hatte neben einer Spaltung der Oberlippe und anderen Verletzungen am Kopfe auch eine Gehirnerschütterung erlitten. Er war noch auf der Fahrt nach dem Krankenhaus bewußtlos.

Ein weiteres Großfeuer in Furtwangen

bld. **Furtwangen,** 12. Febr. Am Donnerstag abend wurde die hiesige Bevölkerung abermals durch Feueralarm in Aufregung versetzt. Es war im Gasthaus zum „Goldenen Adler" Feuer ausgebrochen, und zwar in dem in der Nähe des Kamins liegenden Getreidespeicher. Hier breitete sich das Feuer in unheimlicher Schnelligkeit aus und griff auf das Gasthaus über. Da das Gasthaus in ziemlicher Höhe lag, konnte die Feuerwehr infolge der Schneeverhältnisse sich nur mühsam die Rabenstraße hinaufarbeiten. Wasser war nur in geringer Menge vorhanden, sodaß die Rettungsarbeiten sich lediglich auf den Schutz der Nachbarhäuser konzentrieren mußten. Das ganze Anwesen brannte in kurzer Zeit völlig nieder. Das Vieh konnte in Sicherheit gebracht, das Inventar dagegen nicht mehr gerettet werden. Die Ursache ist noch nicht bekannt.

Die Verhältnisse in Land u. Reich

Aus dem Vortrag des Gen. Minister Dr. Remmele vor den Vertrauensleuten der sozialdemokratischen Partei Karlsruhe

Wie wir ja schon kurz berichteten, sprach in der Vertrauensmännerversammlung der Sozialdemokratischen Partei am Freitag abend im Friedrichshof Gen. Minister Dr. Remmele über das Thema: **„Die Verhältnisse in Land und Reich".** Wir geben hiermit die wichtigsten Stellen aus seinem interessanten Vortrage wieder:

Genosse Minister Remmele

sprach zunächst über die Wirkung des Mißtrauensvotums des Reichstages gegen die vorige Regierung Marx im Lande Baden. Weil er (Redner) in der Karlsruher Parteiversammlung vom 5. Januar die Stimmenthaltung der badischen Genossen im Reichstag bei der Mißtrauenskundgebung nicht für richtig gehalten habe, hätte sich die

Zentrumspresse beunruhigt

gefühlt. Ein von vielen Zentrumsorganen nachgedruckter Artikel hat die Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokratie lehne den Eintritt in die Regierung ab, drücke sich also von der Verantwortung und suche dann Stimmung gegen die bürgerliche Regierung zu machen. Der Innenminister treibe nur Parteipolitik, wenn er behaupte, bei der Reichspolitik brauche man auf die politische Konstellation in Baden keine Rücksicht zu nehmen. „So könne das nicht weiter gehen."

Der Redner weist zunächst an Hand des Volksfreundberichtes nach, was er s. Zt. in der Parteiversammlung ausgeführt habe, wobei zu beachten wäre, daß ein Zeitungsbericht Diskussionsredner nur kurz zu Worte kommen lassen könne. Schließlich habe er sich genötigt gesehen, der Zentrumspresse eine Art von Richtigstellung zuzuschicken. In ihr kam zum Ausdruck, die Sozialdemokratin wollte in die Regierung, die Volkspartei habe dies aber verhindert. Das Eintreten der badischen Genossen im Reichstag für die Große Koalition finde seine Billigung, nicht jedoch sei dies der Fall gegenüber der Begründung derselben für ihre Stimmenthaltung, und zwar deshalb nicht, weil die Abgeordneten im Reichstag auch sonst nicht immer bei ihren Abstimmungen auf die politischen Verhältnisse in den Ländern Rücksicht nehmen können.

Das Recht, nach der jeweils gegebenen Sachlage im Reichstag von dem Stimmrecht Gebrauch zu machen, werde dem Zentrum nicht streitig gemacht, weshalb auch die

Sozialdemokratie für sich im Lande das Recht in Anspruch nehmen müsse, nach eigenem Ermessen ihre parteipolitischen Entschließungen zu treffen.

Natürlich müsse dies in einer Art geschehen, die der Zusammenarbeit in der Landeskoalition keinen Schaden zufügt. Der weiterhin von Zentrumsorganen erhobene Vorwurf, die Sozialdemokratie erfülle ihre Koalitionspflicht nicht loyal und treibe einen unfruchtbaren Radikalismus, müsse auch zurückgewiesen werden, denn er sei nur geeignet, der Opposition im Lande Waffen zu liefern. In der Tat habe denn auch die **Volkspartei** an diese Kontroverse zwischen Zentrum und Sozialdemokratie die Hoffnung geknüpft, ihr Eintritt in eine bürgerliche Regierung in Baden stehe bald bevor. Der badische Gesamtliberalismus dürfe, so schrieb der Mannheimer „Generalanzeiger", die Gunst der Stunde nicht wieder verpassen; er müsse den im November vergangenen Jahres begangenen Fehler wieder gut machen. Selbst die Deutschnationalen haben zu erkennen gegeben, daß ihnen die politischen Vorgänge der letzten Wochen eine günstige Situation im Lande bringen können. **Das Ziel der bürgerlichen Parteien, so hörte man auch, müsse sein, in den Ländern gleiche Koalitionen wie im Reich zustande zu bringen.**

Wie stellen wir Sozialdemokraten uns zu diesen Beobachtungen?

Zunächst gilt es ein Erfordernis zu beachten, und das ist: **Kaltes Blut bewahren!** Niemand weiß, wie lange die zur Zeit bestehende Regierung lebt. Die politische Konstellation im Reichstag ist eine andere, wie in den Landtagen. Jedenfalls neigen wir der Auffassung zu, **daß sich durch die Vorgänge im Reich in den Länderregierungen nichts zu ändern braucht,** so wenig sich zur Zeit der ersten Rechtsregierung in ihnen eine Verschiebung der Mehrheitsbildungen notwendig machte.

Wir Sozialdemokraten in Baden sind willens, die bisher geübte praktische Politik fortzusetzen

und bei der Wahrung unserer parteipolitischen Freiheit nicht zu vergessen, daß sich unsere Kritik an den Vorgängen in der Reichspolitik in Formen halten muß, die ein Zusammenarbeiten des Zentrums mit der Sozialdemokratie im Lande auch weiterhin garantiert.

Die Stellung des Abg. Dr. Wirth gegenüber den Entscheidungen seiner Partei im Reich findet zwar bei unseren Parteigenossen lebhafte Zustimmung, richtet sich diese doch gegen den unter Umständen noch sehr gefährlich werdenden Rechtsblock. An diesem Fall sieht man wohl im Zentrum jetzt selbst, wie verkehrt es wirken kann, wenn man sich in die Interna anderer Parteien einmischt. Zum Jubel liegt ob dieses Falles für uns eine Ursache nicht vor. Jubel kann sich in Trauer verwandeln, sobald man von seiner eigenen parteipolitischen Stellung aus zu einem solchen Vorkommnis in den eigenen Reihen Stellung nehmen muß. Die Affäre Wirth gewinnt allerdings sehr nach der materiellen Seite hin, wenn die Vorgänge bei der Regierungsbildung in Rechnung gestellt werden. Die Berufung des Abg. Gräf zum Minister, dessen Absägung und dann den Ersatz in der Berufung des Kappisten v. Keudell, neben der Rede Westarps, die eine Verhöhnung der gegebenen Versprechen darstellte, das alles sind unbestritten bitter ernste Erlebnisse, die einen Republikaner in schwere Herzensnot bringen können und bringen müssen. Wenn Dr. Wirth den Widerruf Westarps für eine Spiegelfechterei hält, so kann auch hiergegen eine Einwendung nicht erhoben werden. Dem im Anschluß an diese Reichstagskampagne vom sozialdem. Parteivorstand hinausgegebenen **Aufruf** kann voll beigepflichtet werden, stellt er doch den Willen der Partei nach Uebernahme der Regierungsverantwortung ausdrücklich fest. **Neben der politischen Erkenntnis steht in ihm der Wille zur Tat verzeichnet** und aus ihm spricht auch der

Mut zur Uebernahme der Verantwortung für eine ausgesprochene republikanische Regierung.

Freilich über die tieferen Ursachen der politischen Vorgänge im Reich darf man nicht hinwegsehen. Wir nähern uns der Zeit, wo die Gesetzgebung des Reiches in wichtigen Fragen nach den Motiven der Reichsverfassung auszugestalten ist. Das Verhältnis des Volkes zur kapitalistischen Ordnung kann nicht weiter nur in den alten Bahnen verlaufen, die Staatsmacht wird hier mit der Kapitalmacht um den Ausbau der sozialen Ordnung, der Sozialgesetzgebung zu ringen haben. Auch Staat und Kirche sollen ihr Verhältnis zueinander neu ordnen. Durch die Inangriffnahme dieser Aufgaben wird schließlich die gesamte Innenpolitik in Mitleidenschaft gezogen. Wer will angesichts der dadurch für jede Koalitionspartei hervorgerufenen zeitweisen schweren Belastung behaupten, daß die jetzt bestehende Koalition alle aufkommenden Schwierigkeiten überdauert? Kann das Zentrum die Hochschutzzoll-Forderungen der Agrarier restlos erfüllen? Und ist die Volkspartei in der Lage, den schul- und kirchenpolitischen Forderungen des Zentrums gerecht zu werden?

Uns Sozialdemokraten könnte, rein parteipolitisch gesehen, die Existenz der jetzigen Regierung bis zur nächsten Reichstagswahl nur erwünscht sein. Der politische und wirtschaftliche Schaden, der hierdurch für die Arbeiterschaft in Frage steht, zwingt uns jedoch, diese Regierung zu bekämpfen und sie baldmöglichst wieder aus dem Sattel zu heben. Eine Warnung gilt hierbei für **unsere Partei,** und die ist

nicht Opposition um jeden Preis, sondern Opposition um der Sache willen.

Unser Wille muß sein,

mit dem Mittel der Opposition in die Regierung zu gelangen, um die Feinde der Republik aus ihr zu entfernen.

Der frühere Zustand, daß sich die Regierung ihre Mehrheit bald mit Hilfe der Deutschnationalen, bald mit jener der Sozialdemokratie sichert, konnte nicht hingenommen werden; wir hätten bei der nächsten Wahl hierfür schwer büßen müssen. Mit für die Regierungspolitik verantwortlich gemacht zu werden, ohne an ihr aktiven Anteil haben zu dürfen, ist eine untergeordnete, unmöglich Zumutung.

Unser Kampf muß sich gegen die bekannten

Uebelstände in der Reichswehr

richten; er hat sich aber auch gegen den

Steuerdruck

zu wenden, der, wie jetzt auch feststeht, die Folge der Tatsache ist, daß im Norden des Reiches die Steuererhebung nachlässiger ist, als bei uns im Lande. Für die Förderung der Interessen der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie haben wir volles Verständnis. Uns fehlt aber die Erklärung dafür, wieso es möglich und nötig ist, daß jetzt 80 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe von der Einkommensteuer total befreit sind. Noch größer scheint uns die

Subventions-Mißwirtschaft.

Die Länder müssen ihre Landessteuern selbst eintreiben, nur Bayern ist in der glücklichen Lage, dieses Geschäft von der Reichsfinanzverwaltung besorgt zu bekommen. Letztere besorgt dem Lande Bayern sogar die Vermessungsgeschäfte. Das geschieht, um die Bevölkerung dieses Landes und ihre Regierung bei guter Stimmung zu erhalten. **Recht und Gerechtigkeit anderen Ländern gegenüber mögen verloren gehen,** wenn nur Bayern bei der Stange bleibt. Das Reichsfinanzministerium soll nur einmal mitteilen, wie groß sonst noch die finanziellen Opfer sind, die sie Bayern zum Nachteil der übrigen Länder und der Steuerzahler in diesen brachte, dann wird die bayerische Reichstreue bald ihre bengalische Beleuchtung erfahren.

Diese Beispiele zeigen, daß es für die Opposition mancherlei zu tun gibt, was ihr starke Anerkennung seitens der Bevölkerung eintragen wird. Welche Partei in Baden kann solche Zustände billigen?

Den Genossen im Lande, die noch immer der Meinung sind, die Sozialdemokratische Partei dürfe nicht mit bürgerlichen republikanischen Parteien in einer Regierung sein, ist zu sagen, daß

solche Politik der Negation den Bürgerblock zu festigen geeignet ist.

Wir müssen zu beweisen suchen, wie letzten Endes der Versuch zu einer Isolierung der Sozialdemokratie einen politischen Irrweg darstellt. Dieser Versuch ist bekanntlich schon vor dem Krieg gemacht worden. Damals sagte Kolb, der Wille, die Sozialdemokratie von der Mitarbeit im Staat grundsätzlich auszuschalten, werde nur der Monarchie gefährlich werden. „Wir machen keinen Hehl daraus, wie sehr wir uns von allen bürgerlichen Parteien grundsätzlich dadurch unterscheiden, daß sich unsere Arbeit nicht erschöpft in dem Zweck, Reformen innerhalb der heutigen Gesellschaft durchzuführen. Die heutige Gesellschaftsordnung ist etwas geschichtlich Gewordenes und etwas geschichtlich Vergängliches." Wir wissen, daß es hierbei Entwicklungsstufen gibt und deshalb wollen wir dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen". **„Der wahre Schutz der Republik",** so sagte dieser Tage Severing im „Vorwärts", **„kann nur das Werk der Republikaner selbst sein".** Der Schaden für die Partei ist größer, wenn ihr Wollen und damit ihre Taktik unklar und schwankend ist; die Sozialdemokratie gewinnt bei der Bevölkerung außerordentlich, wenn sie ihren Willen zur Mitarbeit in der Regierung immerfort und ohne Zögern stark betont und zum Kampf hierfür aufruft."

Sport

Arbeitersport

Wilferdingen I — F.T.K. I 2:6.
Ketsch — F.T. Neckarau 2:1. 2. Mannsch. 2:1.
V.f.B. Südstadt Khe. I — Grünweiß Mühlburg I 3:2.
V. f. Rasenspiele Khe. I — Grünweiß 1:2.
A.S.V. Karlsruhe-Süd I — Reichenbach I 3:3.
Union Khe. III — Grüweiß Mühlburg 3:1.
V.f.B. Südstadt A. H. — Grünweiß Mühlburg A. H. 4:2.
Jugendspiel: Khe. Süd Jgd. — Forchheim Jgd. 2:1.

*

FV. Grünwinkel II — Forchheim II 5:3 (3:2)

Zu einem Freundschaftsspiel trafen sich die 2. Mannschaften obiger Vereine in Grünwinkel. Durch das schöne Frühlingswetter war der Boden aufgetaut, was das Spiel sehr beeinträchtigte. Das Spiel selbst wurde fair durchgeführt. Bis zur Pause stand die Partie 3:2. Nach derselben erzielte Grünwinkel noch zwei weitere Tore. Mit dem Schlußpfiff trennten sich zwei Mannschaften, die wohl kein überragendes Spiel vorführten, aber dennoch bestrebt waren, ihr Bestes zu bieten.

K. H—r

Aus anderen Sportverbänden

Fußball. Um die Süddeutsche Meisterschaft: F.Sp.V. Frankfurt — V.f.B. Stuttgart 4:3, F.C. Nürnberg — F.Sp.V. Mainz 05 1:0, V.f.L. Neckarau — Sp.Vgg. Fürth 3:5. — Runde der Zweiten: Sp.V. 1860 München — Eintracht Frankfurt 3:1, F.V. Saarbrücken — V.f.R. Mannheim 2:4. — Kreisliga: F.C. Südstern — V.f.B. Karlsruhe 2:3, Germania Untergrombach — F.C. Mühlburg 4:1. — Verbandspokalspiel: Stuttgarter Sportklub — Kickers Stuttgart 1:0. — Privatspiele: A.S. Straßburg — K.F.V. 3:7, Phönix Karlsruhe — Ludwigshafen 05 5:1, F.C. Freiburg — Sp.Vg. Freiburg 4:1.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Unterhaltung und Belehrung

Liebe kleine Limokoa

Fred Andersens Höllenfahrt

Roman von Otfried von Hanstein.

(Fortsetzung)

„Was wollen Sie? Es war sicher eine Millionärstochter und wird vielleicht seine Braut. Wenn ihr Deutschen nur nicht immer alle Menschen und ihre Empfindungen nach Eurer Art beurteilen wolltet., Hier ist eben der Flirt erlaubt, wenn er nur die eine letzte Grenze nicht übersteigt; und der zarte Keuschheitstaub, mit dem Sie ihre deutschen Mädchen so gern überhauchen, besteht nicht und wird nicht verlangt. Darum sind die Amerikanerinnen nicht schlechter; nur bessere Hausfrauen sind die Deutschen. Und zu Hause ist die Amerikanerin eine unbeschränkte und dabei sehr „kostbare" Königin. Aber zu unserem Werk."

„Ich reise morgen nach El Kaso ab, werde zunächst ihre Bergwerke in Mexiko genau inspizieren und dann die Pläne ausarbeiten," erwiderte Büttner.

„Wie lange werden sie dazu brauchen?"

„Es mögen immerhin zwei Jahre vergehen."

„Ich kehre inzwischen nach Spanien zurück. Geben sie mir Nachricht, wenn Sie vollkommen fertig sind und lassen sie sich Zeit. Auch ich habe etwa zwei Jahre in der Heimat zu tun und werde dann nach der Habana kommen. Dort können wir uns treffen und über die weitere Ausbeutung der Minen, wie ich bestimmt glaube, unter ihrer Leitung konferieren."

Die beiden Herren gingen dem Golden Gate Park zu, um, die Trambahn vermeidend, in der schönen Mondnacht zu Fuß nach Frisko zurückzukehren.

Auch Fred Andersen war schon daheim. Sein Auto hatte ihn schnell durch die nächtlichen Straßen von Frisko gebracht. Diese Straßen, in denen sich auch jetzt noch die Spuren des furchtbaren Erdbebens zeigten, das im Jahre 1906 die ganze Stadt in einen wirren Haufen brennender Trümmer verwandelt hatte. Vorbei an dem hohen Turm der Oaklandfähre, der trotz seiner Höhe von fünfundsiebzieg Metern damals wie ein gewaltiger Uhrpendel geschwankt hatte, ohne zu stürzen, vorbei an der Sakramentostreet, die einst zu der verrufenen, unterirdischen Chinesenstadt, mit ihren Opiumhöhlen u. Verbrecherschlupfwinkeln führte, vorbei am Nobhill mit den Villen der Dollarmilliardäre, in deren einer jetzt auch Maud Allen wohl den Schlaf suchte und vielleicht seiner gedachte.

Der Diener in seiner vornehmen Junggesellenwohnung war noch munter und höchstlichst verwundert, als ihm der Herr befahl, unverzüglich den Koffer mit allem zu versehen, was ein Bergtourist braucht.

„Ich reise morgen früh."

„All right, Master."

„Ich werde einige Monate fortbleiben, und sie werden die Wohnung hüten."

„All right."

Fred ging im Zimmer auf und nieder. Jetzt war ein Gefühl des Unbehagens in ihm. Wie ein Kind hatte er gehandelt, sich kopfüber in ein wildes Abenteuer gestürzt. Die Canons des Colorado! Teufel! Vor Maud Allen hatte er sich keine Blöße geben wollen, aber nun er allein war, mußte er sich gestehen, daß er durchaus nicht orientiert war, daß er das Buch jenes Professor Powell gar nicht kannte, daß jener von Maud erwähnte Touristenausflug von Fort William auch das einzige war, was er wußte.

Er griff zu einem geographischen Lehrbuch:

„Canons nennt man außerordentlich tief eingewaschene Täler einiger großer Ströme, die durch weiche Gesteinsmassen sich ein außergewöhnlich tiefes Bett gruben. Die berühmtesten sind die etwa zwei Kilometer tiefen Canons des Colorado. Sie bilden einen ganz schmalen, vierhundertachtzig Kilometer langen und zwei Kilometer tiefen Spalt, der in seiner großartigen Wildheit einzig dasteht.

Der Coloradofluß fließt durch die amerikanischen Bundesstaaten Utah und Arizona, durchströmt später das Gebiet der furchtbaren Gilahwüste und mündet im Golf von Kalifornien.

Außer dem Professor Powell hat noch kein Reisender die ganze Länge der Canons durchfahren."

Fred schlug das Buch zu und sah auf eine Karte.

Durch ide wilden Bergformen der Bad Lands, durch das sagenhafte Gebiet des „Gartens der Götter" der alten Indios führte der Weg nach dem Städtchen Green Rivere City, das der Ausgangspunkt seiner Reise werden sollte. Abenteuerlust hatte ihn gepackt. Er war entschlossen, das Wagestück zu vollbringen, zu reisen, obgleich er selbst fast nichts wußte von den Canons des Colorado.

Er setzte sich nieder und schrieb einen Brief an seinen Vater, der zurzeit in Neuyork weilte. Warum sollte er nicht in die „Bad Lands" gehen? Von seinen weiteren Plänen schrieb er nichts, und am anderen Morgen um zehn Uhr ließ ihn der Schnellzug der Stadt Green River in Wyomming entgegen. Kurz vor der Abreise hatte er noch ein Briefchen empfangen, das ihn noch froher stimmte.

„Glückliche Reise, my Darling! Vergiß nicht, mir hübsche Kolibris und ein paar Paradiesvögel zu schießen. Deine Maud."

Er lachte! Mit den Paradiesvögeln würde es nichts werden, die lebten in der Südsee und nicht in den Canons des Colorado! Aber Kolibris! Das mochte sein! Jedenfalls stimmte der Gruß ihn froh, und als der Zug den Bergen entgegendampfte, ahnte Fred Indersen nicht, daß er Frisko und Maud und auch seinen Vater nie wiedersehen sollte, ahnte nicht, was in den Todestälern des Colorado seiner wartete und welche gewichtige Rolle der blonde Doktor Ewald Büttner der ihn an diesem Abend beobachtete, ohne daß er es gewahr wurde, in seinem ferneren Leben zu spielen bestimmt war.

Fred Andersen war jung, er war Amerikaner und von Kind auf in allen Sportarten gestählt, er hatte seinen Aufenthalt in Europa zu großen Alpentouren gebraucht, er war ein trefflicher Schwimmer und mancher Boxmatch hatte seine Muskeln gestählt. Dabei war er voll Wagemut und Energie, Er saß im bequemen Pullmancar und fuhr durch das wilde Land des Westens, ohne es zu beachten. In seinem Herzen war eine warnende Stimme: Hatte er nicht voreilig gehandelt? War es nicht eine Torheit, daß gestern der Liebesrausch ihn versprechen ließ, sogleich aufzubrechen? Hätte er nicht das Werk des Forschers studieren müssen? Mit sachkundigen Männern beraten und Vorbereitungen treffen sollen?

Er schüttelte den Kopf. Wohl hatte er mit der damals noch kindlichen Maud und ihren Eltern einen Blick in den großen Canon des Kolorado getan. Gewiß war er wild und gewaltig, aber überall hatte er Indianerpfade gesehen und den breiten Strom. Er überlegte: Drei oder vier Monate hatte der Professor gebraucht, das Tal zu durchfahren, dessen Länge nur vierhundertachtzig Kilometer beträgt. Sehr natürlich. Der Naturforscher hatte Studien getrieben, er wollte nur Sport üben. Vierhundertachtzig Kilometer? Bequem legt ein geübter Fußgänger am Tage achtundvierzig Kilometer zurück. Ein gutes Boot also spielend mehr. Also würden zehn Tage genügen. Dazu die Schwierigkeiten, die Umgehung einiger Stromschnellen — ein Monat genügte sicher. Gut, daß sein treffliches Canu aus festem Hartholz und mit wasserdichten Innenräumen im Gepäckwagen stand. Er hatte es in Alaska erprobt und war damit über die Stromschnellen des Yukon hinuntergefahren. Dabei war es so leicht, daß er allein es zu tragen vermochte. Auch ein paar kräftige Lederlassos waren darin, die er von Gauchos in Mexiko gekauft hatte. Galt es also noch Lebensmittel zu kaufen. Seine doppelte Sportausrüstung, gute, wollene Decken und Schals und Wollwäsche hatte der Diener verpackt. — Dumm war es doch, daß er das Buch nicht besaß, aber — ein Professor! Ja, wäre es ein Sportsmann gewesen, aber — ein Professor ist im allgemeinen kein körperlicher Held — was der konnte!

In ziemlich froher und zuversichtlicher Stimmung kam er in dem kleinen Städtchen Green River an.

Freilich, ein wenig größer war es geworden, seit der Professor von dort seine Fahrt begann, aber eben nicht viel. Mit Recht trug es seinen feinen Namen; denn grüne Wiesen schmiegten sich an das Ufer des Flusses und um die Häuser des Landstädtchens, in dem noch heute die Trapper des Westens, der Cowboy, der freie Mohaveindianer und dazwischen ein paar elende Wellblechläden, ein paar Salons, in denen gespielt, getrunken und geboxt wurde, und eine Anzahl von abenteuerndem Gesindel die Bevölkerung ausmachte.

Wer soll in Green River wohnen? Industrie gibt es nicht, Landbau verbieten die wilden Berge der Bad Lands, des „Gartens der Götter", mit ihren bizarren Formen, und die Tage, in denen von allen Teilen des Landes die Indianer herbeieilten, um in den Höhlen des heiligen Berges den Ton für ihre Friedenspfeifen zu suchen, sind vergangen.

Es war ein elendes Ding, das den Namen eines Hotels gewiß nicht verdiente, in dem Fred abstieg. Ein kahler, schmutziger Schankraum, in dem ein paar Trapper bei den Karten saßen, ein mürrischer Barkeeper mit muskulösen Armen, die gewohnt waren, unliebsame Gäste hinauszuwerfen und eine jämmerliche, Kammer mit unsauberem Bett. Fred brachte selbst sein Gepäck heran und trat zum Wirt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Tatsache

Eine kleine Satire von Karl Ettlinger, München.

Eines Morgens pranganten an sämtlichen Litfaßsäulen, an allen Bretterzäunen, an allen Straßenecken der Stadt große Plakate mit der Inschrift: „Die Tatsache". Auf den Hauptverkehrsplätzen wurden einem Zettelchen in die Hand gedrückt, auf denen nichts weiter zu lesen stand als zwei Worte, „Die Tatsache". Gleichzeitig erschienen in allen Zeitungen ganzseitige Inserate mit dem Text „Die Tatsache". In den Lichtspielhäusern, in den Tingeltangeln tauchte unter den Lichtreklamen fünfmal hintereinander die Scheibe auf „Die Tatsache". Und in den Abendstunden leuchtete es von wohl 60 Häusern in Glühbirnenschrift herab: „Die Tatsache".

Ein allgemeines Raten begann. Ueberlegene Geister sogten achselzuckend: „Na ja, irgend eine neue Zigarettenmarke, ein neuer Likör oder sowas !" Andere meinten: „Wahrscheinlich der Titel einer bevorstehenden Varieté-Sensation!" Das weibliche Geschlecht huldigte vorwiegend der Ansicht: „Der nächste Massenfilm!" Argwöhnische Männer prophezeiten: „Sicher irgend eine politische Hetze! Ihr werdet schon sehen!"

Am fünfzehnten Tage erschienen folgende Plakate, Handzettel und Inserate: „Heute abend in der Großen Stadthalle Vortrag des Herrn Albert Städicke über mein neues Blatt „Die Tatsache". Eintritt frei, Beginn 8 Uhr."

Albert Städicke, das war doch der alte Multimillionär, der Mann, der an der nach ihm benannten Stiefelwichse steinreich geworden war, der aber im übrigen noch niemals persönlich in die Oeffentlichkeit getreten war. Und nun gründete dieser literarisch völlig unbescholtene Mann auf seine alten Tage plötzlich ein neues Blatt? — Höchst seltsam! Lockte ihn der Ehrgeiz, Mäzen zu werden?

Natürlich war die Versammlung überfüllt. Den Vortrag, den Herr Städicke hielt, im Wortlaut wiederzugeben, muß ich mir versagen. Uebrigens sprach er sehr undeutlich, und es kam wiederholt zu Unruhen im Saal. Er sagte ungefähr folgendes: „Seit vierzig Jahren lese ich mehrere Zeitungen. Immer wieder mache ich die Erfahrung, daß in den Blättern Nachrichten stehen, die am nächsten Tage dementiert werden müssen. Das ärgert mich (Zuruf: mich auch!). Ich verstehe nichts von der Journalistik, ich habe mich nie damit abgegeben, aber ich sage mir: das Drucken unbestätigter Meldungen muß zu vermeiden sein. Solche falschen Meldungen haben schon Menschen um ihr Vermögen oder, was schlimmer ist, um ihre Nerven gebracht! Ich bin ein reicher Mann, ich werde die Sache in die Hand nehmen: ab nächsten Ersten erscheint meine Tageszeitung „Die Tatsache". Ich bürger persönlich dafür, daß dieses Blatt nur verbürgte und mehrfach nachgeprüfte Tatsachen veröffentlicht. Ich zahle jedem, der mir eine falsche Nachricht, und sei sie noch so unwichtig, in meinem Blatte nachweist, zehntausend Goldmark. Wohlgeemrkt, jedem einzelnen in jedem einzelnen Fall! Eine solche Garantie wird Ihnen bei keinem anderen Blatte geboten! Ich erkläre der gesamten Presse des In- und Auslandes den Krieg! Mein Blatt ist das Blatt der Zukunft! Abonnieren Sie „Die Tatsache"!"

Diese herausfordernde Rede hatte begreiflicherweise die interessantesten Zeitungskommentare zur Folge. Einige Blätter eiferten in heiligem Zorne gegen Städickes Behauptungen, andere erklärten ihn für einen geschmacklosen Reklamehelden, die meisten gingen mit ein paar ironische Bemerkungen über seine Ankündigung hinweg.

Aber Albert Städicke war nicht müßig. Er ging daran, sein Blatt vorzubereiten. Bei seinen Mitteln fiel es ihm leicht, angesehene Schriftleiter für sein Unternehmen zu verpflichten. Er bot fabelhafte Gehalte „Das Geld ist nicht verloren", erklärte er seinem händeringenden Verlagsdirektor. „Die Leute werden bald einsehen, wie vorteilhaft es ist, das zuverlässigste Blatt des Weltalls zu halten, wir werden uns vor Abonnenen nicht mehr retten können!"

Am Vorabend des Erscheinens der Nummer 1 ging Städicke durch die Redaktionsräume. „Sie erlauben doch?" sagte er zu jedem Schriftleiter und blickte in die Korrekturabzüge. Und dann fragte er: „Sie melden da, der Dampfer Christoph Kolumbus trete in den nächsten Tagen seine zweite Reise an, — woher haben Sie die Nachricht?"

„Vom Wolffschen Telegraphenbüro!"

„Die Nachricht bleibt weg! Geben Sie telegraphischen Auftrag, den Kapitän zu interviewen! Ich dulde keine Nachricht, die nicht persönlich nachgeprüft ist, in meinem Blatte!"

„Ja aber, dann werden uns doch alle anderen Blätter mit dieser Nachricht zuvorkommen, und wir — —"

„Das ist mir gleichgültig! Wir haben Zeit! — Sie bringen da die letzte Rede McDonalds, hm, haben Sie sie persönlich gehört?

„Natürlich nicht. Aber — —"

„Die Rede bleibt weg!" — Da steht etwas von einem großen Eisenbahnunglück, — waren sie dabei?"

„Selbstverständlich nein. Aber unser Korrespondent — —"

„— depeschiert 17 Tote. Hat er sie selbst nachgezählt?"

„Das bezweifle ich, aber — — —"

„Die Nachricht bleibt weg!"

„Da steht, die berühmte Filmschauspielerin Thekla Oxydblond habe sich mit dem Negerboxer Knockout vermählt. — Waren Sie bei der Hochzeit?"

„Ich nicht, aber — —"

„Die Nachricht bleibt weg! Ich scheine von meinen Herren Schriftleiter noch nicht ganz richtig verstanden worden zu sein! Sehen Sie das Blatt noch einmal ganz genau nach meinen Grundsätzen durch ehe es gedruckt wird!"

Als Herr Albert Städicke die Redaktion verließ, hatte die gesamte Schriftleitung Selbstmordgedanken.

„Städicke begab sich in die Inseratenabteilung. „Darf ich mal sehen? sagte er. „Hm! Da steht, Meiers Zahnpasta sei die beste! Kennen Sie das Präparat? Haben Sie jemals die Zähne damit geputzt? — Das Inserat bleibt weg! Und hier steht, Käsebergs Hosenträger seien unzerreißbar. Haben Sie das persönlich ausprobiert? Nicht? Das Inserat bleibt weg! — Obermüllers Busencreme wirkt auch in den verzweifelsten Fällen. Haben Sie das nachgeprüft? — Das Inserat bleibt!"

Um Mitternacht klingelt der Verlagsdirektor Herrn Städicke an: „In unserem Verlagsgebäude ist die Tobsucht ausgebrochen! Mat hat der Druckerei den ganzen Text wieder weggenommen, die Redakteure stülpen das ganze Blatt um — jetzt um Mitternacht —"

„Mit meinem Wissen! Es ist gut so!"

„Ja, aber —"

„Gar nichts aber! Arbeiten Sie wie die Wilden, ich zahle dreifache Löhne! Oder zehnfache! Mir ganz egal!"

*

Am nächsten Morgen erschien pünktlich „Die Tatsache".

Als der einzige Abonnent des Blattes seine Zeitung in Visitenkartengröße im Briefkasten fand, traf ihn der Schlag.

Auf diese Art hat er nie erfahren, daß die einzige Nachricht, die die einzige Nummer der „Tatsache" brachte — falsch war. —

Theater und Musik

Munzsches Konservatorium. Herr Dr. Brückner hat im Verlaufe dieses Winters an drei Abenden einen großen Teil der Paganini-Literatur zum Vortrag gebracht. Man bekam die selten aufgeführten Werke in Originalbesetzung mit Begleitung der Guitarre zu hören, am dritten Abend der Violin-Konzerte mit Begleitung des Orchesters. Paganini ist seit Wilhelmy beinahe ganz aus der Mode gekommen, denn niemand war der „Teufelskunst" gewachsen, die die Verlebendigung der meisten Paganini-Konzerte verlangt. Herr Dr. Brückner wurde schon als ganz junger Geiger in den Konzertsälen ob seines phänomenalen Paganini-Spiels bewundert. Auch jetzt wieder mußte man über die grandiose Grifftechnik Dr. Brückners staunen. Sein durchgehaltenes Doppelgriffspiel steht vereinzelt da Auf seinem prächtigen Instrument klingt der Ton in der Kantilene orgelartig und das Figurenwerk kommt klar, verlend zum Ausdruck. Das Orchester war ein feinfühlender gewandter Begleiter. Dem Munzschen Konservatorium ist für die Vermittlung der Paganini-Abende Dank zu sagen.

Badisches Konservatorium. Zeitgenössische Musik. Es ist höchst erfreulich, feststellen zu können, daß das Interesse für moderne Musik in unserer Hauptstadt merklich zunimmt. Man liest ab und zu Hindenmith auf den Konzert-Programmen, nach Schönberg der Führer der „Jungen" Mit einem Frühwerk Hindenmiths, einer Bratschen-Sonate wurde das Konzert eröffnet. Die beiden Seelen, die noch des Frankfurter Komponisten Brust belebten, führten, als das Werk geboren wurde, einen lebhaften Kampf. Heute kennt Hindenmith, der Donaueschingen viel verdankt, nur noch einen Weg, der ihn auf Höhen führt. Joseff Scheb, Lehrer am hiesigen Konservatorium führte von sich ebenfalls eine Bratschen-Sonate auf. In diesem äußerst gewissenhaft geformten Werke prägen sich gewisse Züge des „neuen Geschlechtes" besonders scharf aus. In Scheb bestehen aber immer noch zu starke Hemmungen, die auf die „alte Schule" zurückzuführen sind, die nicht so rasch verleugnet werden kann. Der Freiburger Weismann nennt sein Opus: Kammermusik für Flöte, Bratsche und Klavier. Die Quellen der Weismannschen Inspiration sind klar frisch, lebendig. Weismanns Kunst geht aus dem Strudel der Zeit geläutert hervor. Eine in sich subtil abgerundete melodisch apparte klanglich ganz prächtig gelungene Arbeit ist des Busoni-Schülers Jarnachs Flöten-Sonatine. Herr Scheb interpretiert die Werke mit tiefer Versenkung in ihre Eigenart. Er war ein vorzüglicher Dolmetscher. Herr Panzer, ein ausgezeichneter Bratscher und Kammervirtuos Spittel assistierten mit ihrer gediegenen Kunst. St.

Die Trübner-Gedächtnis-Ausstellung in Basel, die am 13. Februar geschlossen werden sollte, ist nunmehr infolge des wachsenden Interesses seitens der schweizer und deutschen Besucher bis zum 27. Februar einschließlich verlängert worden. Am 27. Februar muß die Ausstellung definitiv geräumt werden und das Material geht dann an seine Besitzer, die in den verschiedenen Ländern und Landesteilen verteilt sind, wieder zurück. Der Besuch aus Baden ist erfreulicherweise in stetigem Wachsen begriffen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Karlsruher Chronik

* Karlsruhe, 14 Februar

Geschichtskalender

14. Februar. 1400 Richard II. von Engl. ermordet. — 1468 †Johann Gutenberg. — 1760 *Englischer Nationalökonom Malthus. — 1779 Englischer Seefahrer Cook ermordet. — 1826 †Schriftsteller Johann Falk, Begründer der 1. Anstalt für verwahrloste Kinder. — 1915 Winterschlacht in Masuren. — 1925 Hungersnot in Irland und China.

Karneval

Fasching, Fasching, so rufts aus den Schaufenstern, wo bei grellem Lampenlicht es glitzert und blinkt, wie Edelsteine, die sich ein Stelldichein geben.

Da liegen Masken — grotesk, nicht immer schön, aber auffallend — Stoffe und Bänder gleißen in duftigen Linien, Spitzen und Rüschen — oftmals einfaches Zeug —, Strümpfe in allen Tönen, Spazierstöcke mit eigenartigen Krücken, Papierschlangen, duftige Fächer, Tamburins locken zum Kauf. — Faschingstand. — Konfettizauber.

Und davor stehen junge Leutchen, staunend und wünschend, träumend und freudedurstig. Wer da mitmachen könnte! —

„Ich wollte schon die liebe Freundin ausstechen als Zigeunerin mit klappernden Kastagnetten." Zigeunerin sein für eine Nacht, das ist ja viel rassiger, als ein weißes Holländerhäubchen durch den Saal tragen.

Aber es reicht weder als Holländerin noch als Zigeunerin. Muß man sich alles versagen? Immer zurückstehen?

Da, ein Einfall, ein rettender Gedanke. Das Auge leuchtet auf, um den Mund spielt ein zufriedenes Lächeln.

Ich habs! Wie wärs mit dem Dirndl von dem dritten Sommer, das noch immer im Schrank hängt? Ein neues Schleifchen, ein fescher Kragen wirkt oft bezaubernd schön.

Und so wird das geblümte Kleidchen mit dem engen Mieder, das fast vergessene, ein wenig verschossene Dirndl, aus dem Schrank geholt und los gehts zum tollen Spuk.

Freudetrunken, hoffnungsvoll.

Aber fürwahr, wem ist ein hübsches Kind im abgetragenen Dirndl nicht lieber als eine ältliche Zigeunerin?

Der Jugend schönster Schmuck, das ist und bleibt die sprühende Jugend in ihrer Ursprünglichkeit mit allem Drum und Dran. Prinz Karneval aber wird sich hüten, an diesem Grundsatz rütteln zu wollen.

Und weil die Jugend der Knalleffekt der Natur ist und bleibt, deshalb wird auch das schöne Kind im grünen, nicht mehr ganz neuen Dirndl Glück haben.

Gewerkschaftskartell

Morgen Dienstag abend ½8 Uhr spricht im Roten Kreuzsaal Gen. Dr. Lutz-Hammerschlag über **„Das wirtschaftliche Pan-Europa"**. Zu diesem interessanten Vortrag sind alle Gewerkschaftsmitglieder mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen eingeladen.

Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder

Morgen Dienstag abend 7 Uhr in der Hebelschule Vortrag von Gen. Regierungsrat Diettrich über **„Das Arbeitsgerichtsgesetz"**. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet, insbesondere da nicht nur die Betriebsräte, sondern alle Gewerkschaftsmitglieder eingeladen sind.

---

* **Zum Verkauf des Handelshofes an die Städt Sparkasse** weiß das Organ der Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine noch zu berichten, daß der Einzelhandel seinerzeit das Hotel Grosse samt wertvollem Mobiliar um 370 000 ℳ erworben hat. Inzwischen verkaufte der Einzelhandel an die Firma Schöpf einen Teil des Gebäudes für 180 000 ℳ, sodaß er also, da die Sparkasse 600 000 ℳ bezahlte, insgesamt 780 000 ℳ erlöst hat oder einen Uebererlös von 410 000 ℳ buchen kann. Ein solches Geschäft verdient wirklich als ein glänzendes genannt zu werden.

Kinderheimkehr. Am Dienstag den 15. Februar, abends 7.33 Uhr, treffen die vom Verein Jugendhilfe z. Zt. im Kindererholungsheim Langenbrand zu einer sechswöchentlichen Erholungskur untergebrachten Kinder auf dem Hauptbahnhof hier ein.

F. **Der Erste Deutsche Polizeihunde-Verein** veranstaltete am Samstag, den 5. 2. 27 in den festlich geschmückten Räumen des „Prinzen Bertold" seine diesjährige Fastnachtsunterhaltung. Der Verlauf der Veranstaltung kann als äußerst gelungen betrachtet werden. Die außerordentlich gehobene Stimmung und die fröhlichen Gesichter lieferten den besten Beweis, daß die unermüdlich und rastlosen Pioniere des Ersten Deutschen Polizeihunde-Vereins neben der zu ihrem Hauptzweck dienenden Beschäftigung in der Schutz- und Polizeihunde-Dressur, auch den Fidelitas zu heben und zu pflegen wissen. Es wird auch fernerhin dem Verein sein Bestreben sein, fördernd und helfend für Volk und Staat, durch seine uneigennützige Tätigkeit einzutreten, um so seine ihm gesteckten Ziele erreichen zu können.

Karlsruher Polizeibericht vom 14. Februar

Selbsttötungsversuch. Ein 21 Jahre altes Dienstmädchen aus Kaiserslautern, das bis zum 11. Febr. in einem hiesigen Krankenhaus an einem schweren Kopfleiden untergebracht war, hat sich am 12. Februar nachmittags in einem Anfall geistiger Umnachtung in den Stichkanal des Rheinhafens gestürzt. Das Mädchen konnte noch rechtzeitig gerettet und ins Krankenhaus verbracht werden.

Verkehrsunfall. Bei den Unterführung der Durlacher Allee stieß am vergangenen Samstag nachmittag ein Motorradfahrer mit einem Lastkraftwagen in dem Augenblick zusammen, als der Lastkraftwagen von Karlsruhe kommend nach links in das Anwesen Durlacher Allee 103 einbiegen wollte. Der Motorradfahrer fuhr mit voller Wucht gegen den Kotflügel des Lastautos und wurde zur Seite geschleudert. Mit schweren Kopf-, Arm- und Beinverletzungen wurde er mittels Krankenautos in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Brand. In der Nacht zum Sonntag geriet ein Personenkraftwagen am Rondellplatz hier durch Entzündung von Gasen in Brand, der durch Polizeibeamte mit dem Besitzer noch vor dem Eintreffen der alarmierten Feuerwache gelöscht werden konnte.

Einen Unfall erlitt in der Nacht vom Samstag auf Sonntag eine ledige Arbeiterin von hier in der Festhalle. Da sie trotz Hilfeleistung durch das anwesende Sanitätspersonal das Bewußtsein nicht wieder erlangte, wurde sie mittelst Krankenautos nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

Mit einem Straßenroller angefahren wurde am Samstag nachmittag eine Frau auf dem Gehweg Ecke Goethe- und Mondstraße von einem 5 Jahre alten Knaben. Sie stürzte zu Boden, wobei 200 Eier, die sie in einem Korb mit sich trug, zerbrachen.

Aus den Vororten

Rüppurr. Kommenden Donnerstag abend findet im Lokal „Zähringer Löwen" die **Generalversammlung** der Soz. Partei Rüppurr statt. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige und reichhaltige, sodaß zahlreicher Besuch erwünscht ist.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Dienstag, 15. Februar: Noch keine wesentliche Aenderung.

Wasserstand des Rheins

Waldshut 167, Schusterinsel 35, gef. 8, Kehl 153, gef. 14, Maxau 340, gef. 2, Mannheim 203, gef. 5 Zentimeter.

Berlin—Karlsruher Industriewerke

Als im Jahre 1919 die frühere Waffen- und Munitionsfabrik durch den Friedensvertrag von Versailles ihre ehemalige Tätigkeit aufgeben mußte, ging man daran, den Betrieb **umzustellen.** Alles mögliche und unmögliche wurde produziert und die Herstellung dann teilweise wieder aufgegeben. Alle möglichen Organisatoren versuchten hier ihr Glück und gingen wieder ihre Wege. Die eigentlich Leidenden in dem Betrieb waren aber — wie immer — die **Arbeiter.** Unfähige Direktoren und Betriebsleiter tragen allein die Schuld an dem Niedergang des einst blühenden Werkes. Wenn der Betrieb eines Tages vollends zugrunde geht, so ist die jetzige Leitung nicht der unschuldigste Teil. Die Arbeitsfreudigkeit der Belegschaft wurde gerade durch die jetzige Leitung immer mehr heruntergedrückt. Dies nimmt auch nicht wunder, wenn man die geradezu erbärmlichen Hungerlöhne kennt, die von der Firma bezahlt werden.

Als am 1. Juli 1926 der neue Direktor Dr. Oesterlin vom Generaldirektor Herrn von Gondardt mit der Generalvollmacht betraut wurde, den Betrieb zu reorganisieren, glaubten die Angestellten und Arbeiter, daß jetzt der richtige Mann am Platze sei. Sie atmeten auf und dachten, daß endlich aufgeräumt würde mit überflüssigen Diretoren und höheren Angestellten. Der Betrieb wimmelt geradezu mit unproduktiven Elementen in höheren Stellungen. 3 Direktoren, 1 Syndikus und eine Anzahl Betriebsleiter belasten den Betrieb mit einer durchschnittlichen Belegschaftsziffer von 700 ungeheuerlich. Es ist infolgedessen verständlich, wenn der Betrieb dem Ruin entgegengeführt wird. Die Hoffnung der Arbeiter und Angestellten bei der Einführung des Oe. wurde bald begraben. Dieser Herr, der seine „Fähigkeit" eine Zeitlang im Wuppertale produzierte, glaubte, den Betrieb nur durch Abzüge an den Löhnen der Arbeiter und Angestellten hoch zu bringen. Ein Direktor eines der größten Betriebe Mittelbadens erklärte, als er die Methoden des Herrn Oe. erfuhr: „Kommt denn dieser Herr von Senegambien oder von einem Stamme der Schwarzen, daß er glaubt, durch solche Methoden den Betrieb zu retten? Weiß denn dieser Herr nicht, daß, wenn er den Arbeitern 5 Prozent vom Lohn abzieht, die Arbeitsleistung um 20 Prozent zurückgeht?" Wie sagt doch Henry Ford: „Die bequemste Art des Direktors eines Werkes besteht darin, sich in den Glauben zu versetzen, durch Lohnabzüge einen Betrieb rentabel zu gestalten. Diese Methode zeigt aber nicht nur Faulheit, sondern zugleicherzeit auch die Unfähigkeit des Betreffenden, einem Betrieb vorzustehen". Brauchen wir diesen Aussprüchen noch weitere hinzuzufügen?

Am 19. Juli 1926 war es, als am schwarzen Brett durch Oe. verkündet wurde, daß von heute ab die Leistungszulage für alle Arbeiter und Arbeiterinnen um 50 Prozent gekürzt würden. Diese Ankündigung bewirkte, daß die Arbeiterschaft einmütig damals die Arbeit niederlegte. Bei der in der gleichen Woche stattfindenden Verhandlung mußte Oe. noch manch bittere Pille schlucken, da ihm auseinandergesetzt wurde, daß er Direktor eines Werkes sei, in dem Arbeiter beschäftigt, die die Menschenwürde noch kennen, und nicht Häuptling eines Kaffernstammes ist, wo er nur zu diktieren brauche und die Untergebenen bedingungslos zu folgen haben. Nach 8tägigem Streik mußte er sich bequemen, seinen Anschlag zurückzunehmen. Auf Anraten des Vorsitzenden der Schlichtungsbehörde fanden dann Verhandlungen statt zwischen Arbeiterrat und Direktion. Bei diesen Verhandlungen wurden dann Lohnabzüge vorgeschlagen von 1—7 Pfg. für die Arbeiter und Arbeiterinnen. In Abteilungsversammlungen, die jeweils Stellung nahmen zu dem Ergebnis, wurde diesen Abmachungen nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß diese Abzüge vorübergehender Natur sind. Anfang Dezember 1926 beauftragten nun die Arbeiter der B.K.J.W. den Arbeiterrat und die Organisation, dafür zu sorgen, daß die alten Löhne wieder hergestellt würden. Bei den nun folgenden Verhandlungen war es wiederum der genannte Oe., der in bewegtesten Klageliedern die erbärmliche Lage des Betriebes schilderte und erklärte, höhere Löhne nicht bezahlen zu können. Auch hier wurde ihm wiederum seine Unfähigkeit, einen Betrieb zu führen, mit aller Deutlichkeit zu Gemüte geführt. Gleichzeitig wurde ihm der Vorschlag unterbreitet, ¼ Jahr lang zu einem Stundenlohn von 85 Pfg. zu arbeiten und nur sich allein ohne Familie zu erhalten. Er wäre dann sicher geheilt und würde seiner Belegschaft nicht zumuten, mit solchen Hungerlöhnen eine Familie zu ernähren, wie er sie bezahlt. In allem Ernste machen wir hiermit dem Herrn Oe. den Vorschlag, er möge auf die Hälfte seines Gehalts von monatlich 3000 ℳ verzichten, dann ist er in der Lage, die früheren Löhne seiner Belegschaft — und noch darüber — wieder herzustellen und er selbst braucht als kinderloser Ehemann mit 18 000 ℳ Gehalt jährlich nicht Hunger zu leiden. Dieser Herr Oe. war es auch, der, als er kaum sein Amt angetreten, sich rühmte, Beziehungen zu hohen und höchsten Stellen zu besitzen und er mit dafür Sorge tragen würde, daß die Lebensmittelpreise in Karlsruhe gesenkt würden. Diese damals ausgesprochene Prahlerei hat sich genau zum Gegenteil verwandelt. Die Preise sind seit jener Zeit gestiegen und die Löhne wurden gekürzt.

Im Betrieb sind heute Maschinenarbeiter beschäftigt mit einem **Stundenlohn von 66 Pfg.,** die eine Familie von fünf Köpfen zu ernähren haben. Bei 51stündiger Arbeitszeit beträgt das Einkommen 33,66 ℳ. Nach Abzug der sozialen Beiträge geht ein solcher Familienvater mit sage und schreibe 30 ℳ nach Hause. Wenn hiervon die Miete von wöchentlich 10 ℳ in Abzug gebracht wird, verbleiben ihm noch rund 20 ℳ. Wie damit eine Familie sich noch ernähren kann — gar nicht zu reden von Kleider, Wäsche, Schuhe usw. anschaffen — das möge Oe. einmal uns vorrechnen.

Wenn Unterernährung und als Folge Lungentuberkulose und skrofulöse Krankheiten in der Familie Einkehr halten, so tragen Leute à la Oe. die Hauptschuld, die sich nicht schämen, ihren Arbeitern derartige Löhne zu zahlen. Die Arbeiterschaft jedoch hat die heiligste Pflicht im Interesse der Erhaltung der Volksgesundheit alle Mittel anzuwenden, um sich höhere Löhne zu erkämpfen. Nur mit der äußersten Willensenergie der Arbeiterschaft wird es gelingen, Leute wie Oe. und Kons. zu bekehren. Dazu bedarf es wiederum des Zusammenschlusses innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen, weil dies der einzige Weg ist, um sich auskömmliche Löhne zu erzwingen.

Ob die Arbeiterschaft der B.K.J.W. die Konsequenzen zieht? Hoffen wir es.

Ein organisierter Arbeiter der B.K.J.W.

Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

(Schluß.)

Auf dem Gebiete der Auskunftserteilung konnte der Berichterstatter feststellen, daß die Geschäftsführung außerordentlich in Anspruch genommen wurde. Die zahlreich erteilten Auskünfte bezogen sich auf alle Gebietsteile des bürgerlichen sowohl als des Strafrechtes. Auch auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung wurde in vielen Fällen Rat und Auskunft an die Mitglieder erteilt. Vertretungen vor dem Gemeinde-, Gewerbe- und Amtsgericht für Mitglieder haben wir in 34 Fällen übernommen, auch vor dem Oberversicherungsamt haben wir in vileen Fällen, die Rechtsansprüche unserer Mitglieder vertreten. In zehn Ortsverwaltungs-, acht Vertrauensmänner-Sitzungen und zwölf Sitzungen der erweiterten Ortsverwaltung wurden vom Vorstand die Verwaltungsgeschäfte zum Teil erledigt. Betriebsversammlungen und Besprechungen wurden in einer größeren Zahl abgehalten. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Verwaltung den ihr auferlegten Verpflichtungen im Allgemeininteresse für die Mitglieder vollauf gerecht wurde.

Zum Kassenbericht führte Kollege Koch aus, daß die Kassenverhältnisse erfreulich sind, dasselbe kann vom Stande der Mitglieder gesagt werden, obwohl nicht verkannt werden soll, daß in Punkto Agitation noch manches nachzuholen sei.

Von den für den Hauptvorstand eingenommenen Beitragsgeldern wurden am Orte rund 31 Prozent für Unterstützungen an die Mitglieder verwendet. An die Gaukasse wurden rund 1372 ℳ zurückgeführt. Der Bibliothek wurden weit über 100 neue Bände und Bücher einverleibt. Die Frequenz der Bücherentnahme aus der Bibliothek ist erfreulicherweise sehr stark. Möge der alte Liebknechtsche Grundsatz: „Wissen ist Macht" immer mehr Gemeingut unserer Mitglieder werden.

An diesen Bericht schloß sich eine Diskussion an, an der sich die Kollegen Hummel, Kling und Aschinger beteiligten. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung, besonders die des Geschäftsführers Koch, wurde allgemein lobend anerkannt.

Unter Punkt Anträge wurden von den vom Betriebsrat für das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke gestellten vier Anträgen zwei der Ortsverwaltung als Material überwiesen, einer wurde angenommen und ein vierter Antrag, der die Berücksichtigung von Gemeindearbeitern bei Rußlandsdelegationen forderte, wurde abgelehnt. Ein Antrag, der an die Lohnkommission gerichtet ist, in dem verlangt wird, daß bei einer Erneuerung des Bezirkslohnabkommens die Wiedereinführung des Achtstundentages gefordert werden soll, fand einstimmige Annahme.

Ein weiterer Antrag, der vom Hauptvorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes verlangt, beim A.D.G.B. dahin zu wirken, daß im Interesse der internationalen Arbeiterklasse die Gewerkschaften aller Länder zu einer Kampfeseinheit zusammengeschlossen werden sollen, und zu diesem Zwecke in Bälde eine Konferenz der Amsterdamer mit der Moskauer Richtung zustande kommen soll, wurde ebenfalls angenommen, mit dem Zusatz, daß man in Moskau mehr wie bisher Engegenkommen zeigen möge und von dort aus bei evtl. einsetzenden Einigungsverhandlungen mehr Ehrlichkeit beweist als bisher.

Bei der Wahl der Ortsverwaltungsmitglieder wurden folgende Kollegen gewählt: Siehl, Fröhlich, Hofheinz, Bohn, Stoll, Wagenblaß, Münzer und Jester. Auf Kollege Aschinger entfielen 26, Kropf 9, Siegwarth und Zinkgraf 1 Stimme.

Kollege Fröhlich schloß hieran anschließend die in allen Teilen harmonisch verlaufene Generalversammlung mit einem feuerigen Appell, auch in diesem Jahre der Organisation die Treue zu bewahren und die uns noch Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen.

Aus der Stadt Durlach

Arbeiterwohlfahrt. Dienstag, 15. Februar, findet die Jahresversammlung abends 8 Uhr in der Lessingschule statt. Vorstandswahl. Alle Mitglieder der SPD. sind eingeladen.

Bis zu 4 Zeilen 40 Pfg. die Zeile **Vereinsanzeiger** bei 5 u. mehr Zeilen 50 Pfennig die Zeile
Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamenzeilenpreis berechnet).

Karlsruhe.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe-Durlach-Ettlingen. In Karlsruhe spricht am Dienstag, 15. Januar, abends ½8 Uhr, im Roten Kreuz-Saale, Stefanienstraße 74, Dr. Lutz-Hammerschlag über „Das wirtschaftliche Paneuropa". In Ettlingen am Mittwoch, 16. Febr., abends ½8 Uhr, im Gasthaus zur „Krone" und in Durlach am Donnerstag, 17. Februar, nachmittags 5 Uhr im Gasthaus zum „Lamm" derselbe Referent jeweils über das gleiche Thema. Wir ersuchen unsere Betriebsräte, Vertrauensleute, Kartelldelegierte, Organisationsvorstände und die Einzelmitglieder, an diesen Vorträgen sich zahlreich zu beteiligen. 1641 Der Vorstand.

Arbeiter-Sportkartell. Kommenden Freitag, 18. Februar, abends 8 Uhr, in der „Gambrinushalle" **Ausschußsitzung.** Die uns angeschlossenen Vereine wollen bis zum 1. März die Zahl der Mitglieder, sowie die genauen Adressen der Vorstandschaft an den Vorsitzenden Karl Zeeb, Lessingstraße 33, 2., mitteilen.

Durlach. Arbeiter-Wohlfahrt. Dienstag, 15. Februar, **Jahresversammlung** Lessingschule 8 Uhr. Vorstandswahl. Alle Mitglieder der SPD sind eingeladen. 207

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: 7. Sinfoniekonzert. Von 8—10 Uhr.
Bad. Lichtspiele (Konzerthaus): „Jerusalem", 2. Teil: „Wallfahrt eines Herzens". Abends 8 Uhr.
Colosseum: Variete-Vorstellung, 8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele: „Ben Hur". 3, 5, 7, 9 Uhr.
Palast-Lichtspiele: Bismarck, 2. Teil.
Kammer-Lichtspiele. Der Sportstudent im 1. Semester. Bauernprogramm.
Weltkino: Das Testament des Goldsuchers. Die müden Beine. Wolkenhochzeit.
Uniontheater: Der Kurier des Zaren.
Atlantik-Lichtspiele: Wenn Meer und Himmel sich berühren. Jetzt platzt die Bombe. Die III. Tanzstunde Charleston.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. 11. Februar: Wilhelm Schultze, Ehemann, Eisenbahningenieur a. D., alt 59 Jahre. Katharina Böhler, alt 76 Jahre, Witwe von Felix Böhler, Taglöhner. — Maria Keßler, alt 77 Jahre, Witwe von Jakob Keßler, Küfermeister.

Moninger-Mai-Bock. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, wird die Brauerei Moninger am 18. Februar erstmalig einen hochwertigen hellen Mai-Bock zum Ausschank bringen, aus feinsten Rohstoffen und in langer Lagerungszeit hergestellt. (Siehe heutiges Inserat.)

Bucherer

empfiehlt

Bündel-Holz

Bund **18** Pfennig

30 Bündel frei Haus **5.40** Mark

Bestellungen nehmen meine sämtlichen Filialen sowie das Büro Zähringerstr. 44 Telefon Nr 392 entgegen.

Bucherer

1637

Schlafzimmer

Küchen

Speisezimmer
Herrenzimmer
zu 1646
billigen Preisen
bei günstigen Zahlungsbedingungen
Möbelhaus
Brüder W/H Bär
Karlsruhe
Kaiserstr. 115
Eingang Adlerstr

Künstl. Zähne
pro Zahn 3 Mark
Reparaturen innerhalb einig. Stunden bei 194
Gg. Throm, Dentist
Durlach
Luisenstraße 8

Plakate aller Art liefert rasch und billig
Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H.
Luisenstr. 24, Telefon 128

Unreiner **Teint**

Pickel im Gesicht und am Körper, Mitesser, Blüten, Pusteln, Wimmern, rote und fleckige Haut, verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum von „Zucker's P-Medizinal-Seife", à Stck. 60 Pfg. (15 % ig), Mk. 1.— (25 % ig) u. Mk. 1.50 (35 % ig, stärkste Form), eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit „Pukooh-Creme" (in Tuben à 45, 65 und 90 Pfg.) nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien und Friseurgeschäften erhältlich.

Grünwinkel

Geschäftsverlegung u. Empfehlung.

Mein

Friseurgeschäft

in der Durmersheimerstraße 19 verlege ich ab heute nach der

Durmersheimerstraße 23 (Hof)

im Hause Wollensack.

Ich bitte die verehrliche Einwohnerschaft von Grünwinkel und Umgebung, mir in meinem neuen Geschäftsraum auch weiterhin ihr Wohlwollen zu bewahren u. bringe mich besonders auch für die Fastnachts-Vergnügen in empfehlende Erinnerung.

Hochachtungsvoll 204

Friedrich Eppinger, Friseurmeister.

Lohnender Verdienst durch Einrichtung eines **Restergeschäftes.** Laden nicht nötig. Für Waren 200.— bis 600.— Mk. erforderlich. Off. unt. **D. C. 7935** an Rudolf Mosse, Dresden 204

Gesangsdirigent gesucht!

Arbeiter-Gesangverein in nächster Nähe von Karlsruhe sucht tüchtigen Dirigent. Offerten unter Nr. 205 an das Volksfr.-Büro.

1643

Für die kalten Tage

Handschuhe

ganz besonders billig!

Damen-Handschuhe

Trikot	mit warmem Futter . . . . Paar	50 ₰
Leder imit.	mit Ledernaht . . . Paar	75 ₰
Leder imit.	mit buntem Trikot-Halbfutter . . . . . Paar	95 ₰
Trikot	mit eleganter Aufnaht . . . Paar	95 ₰
Leder imit.	mit Kunstseide-Halbfutter Paar	1.25
Leder imit.	mit aparter Aufnaht, Paar	1.45
Leder imit.	mit buntem Trikot-Halbfutter . . . . . Paar	1.60
Leder imit.	mit Ledernaht u. buntem Halbfutter . . . . . Paar	1.75
Waschleder	weiß und gelb . . Paar	3.90
Damen-Glacé	2 Druckknopf . . Paar	2.90
Nappa	2 Druckknopf . . . . . Paar	3.90
Nappa	mit moderner Stulpe . . . . Paar	4.75
Herren-Nappa	1 Druckkn., Paar	4.50
Herren-Nappa	2 Druckkn. oder Riegelverschluß .	6.75
Herren-Wildleder	2 Druckkn. Paar	7.50

Lederhandschuhe werden zur Reinigung angenommen.

Moninger-Mai-Bock

hell.

Ausschank dieses Starkbieres vom 18. Febr. ab

1685

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr

Varieté-Vorstellung

Durlacher Anzeigen.

Wertzuwachssteuer.

Zu der mit Zustimmung des Bürgerausschußes der Stadt Durlach unterm 21. Dezember 1926 beschlossenen Steuerordnung für die Erhebung einer Wertzuwachssteuer ist gemäß § 2 der Verordnung vom 21. Oktober 1926 die staatliche Genehmigung erteilt worden.

Ich mache dies mit dem Bemerken bekannt, daß die Steuerordnung auf dem städtischen Grundbuchamt hier Kirchstraße Nr. 5, dem auch die Festsetzung der Steuer obliegt, eingesehen werden kann.

Durlach, den 10. Februar 1927. 687

Der Oberbürgermeister.

Brennholz-Versteigerung.

Die **Stadt Durlach** läßt folgendes Brennholz öffentlich versteigern:

Dienstag, den 15. Februar ds. Js., vormittags 9 Uhr, aus Distrikt IV „Füllbruch" Schlag 11, 17, 18, 19, 20, 21 298 Ster Scheit- und Prügelholz (darunter 112 Ster Bürgergabholz) und 1100 Bürgerwellen

Zusammenkunft beim Büchiger-Steg.

Donnerstag, den 17. Februar ds. Js., vormittags 9 Uhr, aus Distrikt I „Oberwald" Schlag 13, 16, 22, 23, 24, 8 und 9 sowie aus Distrikt II „Elsmorgenbruch" Schlag 3 und 4 314 Ster Scheit- und Prügelholz (darunter 78 Ster Bürgergabholz und 1700 Bürgerwellen.

Zusammenkunft bei der Rehhappel.

Das Holz aus dem Distrikt Elsmorgenbruch wird im Oberwald mitversteigert.

Freitag, den 18. Februar ds. Js., vormittags 9 Uhr, aus Distrikt V „Bergwald" Schlag 3, 7, 9 und Distrikt VI „Granacker" 93 Ster Scheit- und Prügelholz (darunter 48 Ster Bürgergabholz) und 1950 Bürgerwellen.

Zusammenkunft bei der Schutzhütte im Bergwald.

Das Holz aus dem Distrikt Granacker wird im Bergwald mitversteigert.

Der Steigpreis für das städt. Brennholz ist nach Empfang des Loszettels an die Stadtkasse zu bezahlen.

Für das zur Versteigerung gelangende Bürgergabholz werden anstelle der Loszettel amtliche Ueberweisungsscheine ausgestellt, die dem Steigerer durch den Gemeindebürger ausgehändigt bezw. übermittelt werden. An den Gemeindebürger ist auch der Steigpreis unmittelbar zu bezahlen.

Die Ueberweisungsscheine über das versteigerte Bürgergabholz können von den Gemeindebürgern am **Montag, den 21. Februar d. J., auf dem Rathaus, 3. Stock, Zimmer Nr. 10, gegen Vorzeigen des Loszettels** in Empfang genommen werden.

Durlach, den 11. Februar 1927. 686

Der Oberbürgermeister.

Rastatter Anzeigen.

Wellenversteigerung

Am **Mittwoch, den 16. Februar 1927, vormittags 9 Uhr** mit Zusammenkunft im diesjährigen Hiebschlage (Kleinbrusert)

12465 Wellen im Schlag III 21 (Kleinbrusert)
466 „ „ „ IV 27 (Oberwald).

Rastatt, den 12 Februar 1927. 688

Der Oberbürgermeister.

Volkshochschulkurse Rastatt.

V. Abend.

Montag, 14. Februar, abends 7 Uhr (nicht 8 Uhr) im „Museum", Herr Professor Dr. Erdel (Mannheim):

Arbeitsgerichtsgesetz

Eintritt frei. 203

„Die Gemeinde"

Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land

Preis 45 Pfg.

Zu beziehen:

Volksbuchhandlung Karlsruhe

Adlerstraße 43 Telefon 3701

Residenz-Lichtspiele Waldstr.

Da der Besuch heute noch in der nun 6. Woche kaum zu bewältigen ist, zeigen wir 1648

BEN HUR

voraussichtlich noch bis einschließl. Donnerstag abend
Geschlossene Vorstellungen
Anfangszeiten 3⁰⁰, 5⁰⁰, 7⁰⁰ u. 9⁰⁰ Uhr
Kleine Preise Mk. **0.60–1.80**

Holzversteigerung

Am Mittwoch, den 16. Februar 1927, nachmittags 2 Uhr werden aus dem Scheibenhardter Wald **150 Ster Brennholz, Forlen und Buchen** (Reißbrügel und Rollen) nebst einige Lose Bautangen 2. Klasse und Hopfenstangen 1. Klasse u. Schlagraum, versteigert.

Zusammenkunft i. Gutshof Scheibenhardt bei Karlsruhe. 676

Küchen

guter Qualität 1404
in großer Auswahl
zu billigsten Preisen.
Möbelhaus
Freundlich
Kronenstraße 37/39.
(Zahlungserleichterung.)

Badisches Landestheater

Montag, den 14. Februar 1927
Im Landestheater
Th.-Gem. 301—500

7. Sinfonie-Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters
Leitung: Josef Krips.
Solistin Hedwig Faßbaender (München)

1. Strawinsky: Pulcinella Suite. 2. Hindemith: Violinkonzert. 3. Reger: Variationen und Fuge über ein Thema von Mozart.

Anfang 8 Uhr — Ende 10 Uhr
1. Sperrsitz 4.— Mk. (4.50, 4.—, 3.50, 3.—, 2.50, 2.20, 1.60, 1.20 Mk.) 685

Sozialdem. Partei Karlsruhe

Mittwoch, den 16. Februar 1927, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof"-Gartensaal, **Versammlung parteigenössischer Vertreter der Vereine des Arbeitersänger- und Arbeitersportkartells.**

Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof"-Festsaal

General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenberichte. 2. Anträge. 3. Wahlen.

Anträge sind schriftlich bis zum 20. Februar beim Parteivorsitzenden einzureichen. 1642

Die Parteigenossenschaft ist mit der Bitte um recht zahlreiche Beteiligung freundlichst eingeladen

Der Parteivorstand: Roßbach, 1. Vorsitzender.

KNOPF

Ab Montag

bringen wir folgende durch Dekoration leicht angestaubte und etwas angetrübte

WEISSE WAREN

besonders billig zum Verkauf

RESTE UND EINZELSTÜCKE

Damen-Wäsche, Hemdhosen, Nachthemden, Kinderwäsche, Bett-Wäsche, Tisch-Tücher, | Küchen- u. Zimmerhandtücher, Frottier-Wäsche, Servietten, Gardinen, Stores, Bettdecken
Stickerei-Reste etc. etc.

DEKORATIONS-TASCHENTÜCHER

In unserer Bücher-Abteilung
Ben Hur in Halbleinen gebd. in Leinen gebd. 1.85 **1.45**

KNOPF

1644

1656 — **Ab 15. Februar 1927**

Total-Ausverkauf

wegen Geschäftsverlegung!

Möbelhaus Carl Aug. Marx

Karlfriedrichstrasse Nr. 24 — Rondellplatz. **Bitte Schaufenster beachten!**

MÖBEL MARX

Badische Lichtspiele
Konzerthaus

Heute abend 8 Uhr

Wallfahrt eines Herzens

nach dem Roman **„Jerusalem"**
— von Selma Lagerlöf. —

Musikbegleitung.

Vorverkauf: 1638
Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße.

Vertreter

zum Besuch der Privatkundschaft gesucht. Große Verdienstmöglichkeiten für jedermann. Katalog kostenlos. **Fr. Meicher,** Wald-Solingen, Itterberg 5/6, gegründet 1911. 206
Stahl- u. Metallwarenfabr.

Billige Preise in
Arbeitshosen 887
Streifhosen
Sporthosen
Manchester-Anzüge
Monteur-Anzüge
Windjacken
Lodenjoppen
mechan. Berufskleiderfabrikation
Otto Weber Schützenstraße 36
Karlsruhe.

Städt. (öffentl.) Spar- und Pfandleih-Kasse Karlsruhe.

Der Zinsfuß wird mit Wirkung vom 15. Februar 1927 an wie folgt festgesetzt:

für Spareinlagen:
für tägliches Geld auf 4%
bei halbmonatl. Kündigung 5%
bei monatlicher Kündigung 6%
für Darlehen in laufender Rechnung auf 9%

Gemäß § 7 der Satzung bringen wir dies zur öffentlichen Kenntnis.

Karlsruhe, den 14. Februar 1927.

Der Verwaltungsrat.

Unter Bezug auf obige Bekanntmachung weisen wir unsere Einleger wiederholt darauf hin, daß zwischen Sparkasse und Einlegern zwecks Gewährung der angeführten höheren Zinsen Kündigungsfristen von einem halben und einem Monat ausbedungen werden können. Entsprechende Anträge müssen soweit noch nicht geschehen, und in den Büchern nicht vermerkt, an den Schaltern der Sparkasse unter Vorlage der Sparbücher gestellt werden.

Städt. Sparkassenamt. 689

Karlsruher Liederkranz

Sonntag, 20. Febr., 7 Uhr abends, in sämtlichen Sälen der Festhalle

20 Masken-Ball 1841

Tanz-Motto: „Wien bleibt Wien" „Karlsruhe bleibt Karlsruhe"
2 Ball-Orchester (Harmonie-Kapelle)

Humoristische Auszeichnungen und fuldische Anerkennungen für die schönsten und originellsten Kostüme

Eintrittspreise einschließlich Steuer und Festhalle-Einlaßgebühr
für Mitglieder u. Studierende höherer Lehranstalten ℳ 1.50
für Gäste unserer Mitglieder (von diesen eingeführt „ 3.00
für Fremde . . . . . „ 6.00

Karten-Abgabe: Mittwoch, 16. Febr. und Freitag, 18. Febr., abds. 6—8 Uhr im Vereinslokal, Amalienstr. 14a II, „Klapphorn"
Karten zu ℳ 6.00 bei Fritz Müller, Kaiserstraße 124a und Odeonmusikhaus, Kaiserstraße 175 1640
An der Abendkasse Preiserhöhung
Eintritt nur in Maskenkostüm u. Ballanzug gestattet. Straßenanzüge, Sportanzüge u. dergl. werden nicht zugelassen

---

Das wirkungsvolle Inserat ist ein Weg zur Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten

---

688 — Sämtliche **Farben, Lacke** etc. **gebrauchsfertig** f. Anstriche aller Art, vorteilhaft im **Farbenhaus Hansa** Waldstr. 15, b. Colosseum.

Kammer-Lichtspiele
Kaiserstr. 168 **Tel. 3053**
Haltestelle Hirschstraße.

Nur noch bis einschl. Mittwoch!
Der große Lacherfolg!

Harold Lloyd in SPORT-STUDENT

7 Akte zwerpfellerschütternde Komik 7 Akte

Im Beiprogramm:
3. Tanzstunde Charleston.

1645
Neueste Emelka-Wochenschau.

Beginn der Vorstellungen: 3.30, 5, 7 und 9 Uhr.

Frische **EIER**

Eingetroffen 1 weiterer Waggon

Neuprodukt

Schwerste **Italiener** 10 Stück 1.73 Mk.
Schwere **Steiermärker** 10 Stück 1.48 Mk.
Koch-Eier 10 Stück 1.20 Mk.

Neu eröffnet Filiale **Kaiserstr. 113** Ecke Adlerstraße Telephon 5558

PHANKO **Pfannkuch**

KARLSRUHER Lebensversicherungsbank A.G.
· IN KARLSRUHE · URSPRUNG 1855 ·
Name und Tradition bürgen für vorteilhafte Versicherungen

HAMMONIA Allgemeine Versicherungs A.G.
· IN HAMBURG · URSPRUNG 1875 ·
Die gemeinsamen Vertreter vermitteln Versicherungen aller Art ·

HAV AG